

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 27. Mai 1991

KOMMISSION DES STÄNDERATES
90.061 n Sicherheitspolitik

PROTOKOLL der Sitzung vom 13. Mai 1991,
09.30 - 12.30 Uhr und 13.45 - 15.45 Uhr
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4

TAGESORDNUNG 1. Sicherheitspolitik. Bericht 90
2. Verschiedenes

ORDRE DU JOUR 1. Politique de sécurité. Rapport 90
2. Divers

TEILNEHMER Präsidium: Huber

Anwesende Mitglieder: Bühler, Cavadini,
Cottier, Daniöth, Gadiant, Iten, Jaggi,
Jagmetti, Kuchler, Onken, Reichmuth,
Rhinow, Ruesch, Simmen

Weitere Teilnehmer:
EMD:
Bundesrat Villiger, Vorsteher EMD
Kkdt. Heinz Häsler, Generalstabschef (nur
am Nachmittag)
Hans-Ulrich Ernst, Direktor Eidg. Militär-
verwaltung
Hans-Heiri Dahinden, Direktor der Zentral-
stelle für Gesamtverteidigung
Giancarlo Buletti, Chef Abteilung Armeebe-
lange
Herbert Braun, Zentralstelle für Gesamtver-
teidigung
EDA:
Botschafter Guy Ducrey, Chef des
Politischen Sekretariates
Frau Botschafter Marianne von Grünigen,
Chef Politische Abteilung III (Friedens,
Sicherheits- und Abrüstungspolitik)

Kommissionssekretariat: Alfred Aebi

Protokoll: Charles Lombard (d), Willy
Dinkelmann (f)



90.061 n Sicherheitspolitik, Bericht 90

Bundesrat Villiger: Ich möchte die Vorlage etwas ausführlicher vorstellen und die Überlegungen umreißen, die den Bundesrat bewogen haben, gerade einen solchen Bericht vorzulegen. Europa hat sich in sehr kurzer Zeit stark verändert. Für viele Schweizerinnen und Schweizer sind kriegerische Auseinandersetzungen schwierig vorstellbar geworden. Ziel und Aufgabe verschiedener Instrumente der Sicherheitspolitik - vor allem von Armee und Zivilschutz - werden in Zweifel gezogen. Daran hat auch der Golfkrieg nichts Grundsätzliches geändert, obwohl wir alle im Fernsehen täglich mitverfolgen konnten, dass gewaltsame Auseinandersetzungen gar nicht so weit entfernt von uns stattfinden können und dass auch regionale Konflikte weiträumige Auswirkungen haben können. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht mehr von machtpolitischen Gefahren bedroht, sondern von anderen, diffusen, z. B. von ökologischen oder demografischen Entwicklungen. Der Umbruch in Europa und die Veränderungen weltweit haben unsere innenpolitische Lage beeinflusst. Der Wegfall von spürbaren äusseren Bedrohungen und vielleicht auch der Wohlstand scheinen die zentrifugalen Kräfte im Land zu stärken. Angesichts der Entwicklung in Europa bekunden wir einige Identitätsprobleme. Die Suche nach unserem Platz in Europa ist für uns alle ein schmerzhafter Prozess. Das Land denkt in dieser Frage nicht eindeutig. Es gibt sowohl Isolationisten wie Leute, die morgen schon Vollmitglied der EG sein möchten. Wir wollten deshalb die Sicherheitspolitik überdenken. Ihre Instrumente bedürfen in einem solchen Umfeld der Anpassung und der Restrukturierung. Da die Instrumente nur langsam umgeformt werden können, müssen die Anpassungen rasch eingeleitet werden. Es wäre unseren Erachtens unverantwortbar, auf ruhigere Zeiten zu warten. Ich bin auch gar nicht überzeugt, dass es je solche Zeiten geben wird. Eine Regierung kann nicht immer warten. Die heutige Sicherheitspolitik muss der Dynamik Rechnung tragen, sie muss - ich wage das Wort fast nicht mehr zu gebrauchen - flexibel sein. Die Sicherheitspolitik 73 hatte es zur Zeit der "Hyperstabilität" des Kalten Krieges mit ihrem - schrecklichen - Gleichgewicht besser, indem sich einigermaßen ausrechnen liess, was passieren könnte. Heute, mit der starken Bewegung, können wir nicht mehr mit Prognosen, sondern nur noch mit Szenarien arbeiten. Wir müssen Antworten für verschiedene mögliche und plausible Entwicklungswege suchen. Verkürzt lässt sich sagen, dass wir Stabilität verloren, aber Hoffnung gewonnen haben.

Es wird heute stark diskutiert, was unter Sicherheitspolitik zu verstehen sei. Offensichtlich gibt es nicht nur machtpolitisch bedingte Bedrohungen, die ein Land existentiell gefährden können, sondern auch andere (demografische, ökologische, wirtschaftliche). Es ist auch klar, dass diese miteinander vernetzt sind. So kann z. B. eine ökologische Katastrophe zu Migration führen, die in gewaltsame Auseinandersetzungen ausartet. Das Gewicht dieser Bedrohungen kann sich im Laufe der Zeit verschieben. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass diese Risiken in ihrer Wechselwirkung beurteilt werden müssen. Er weiss auch, dass alle diese Risiken eine politische Antwort brauchen. Viele Politiken (Umwelt-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Finanzpolitik etc.) enthalten Elemente einer solchen Antwort. Der Bundesrat ist aber nicht der Meinung, der Begriff der Sicherheitspolitik müsse auf sämtliche existenzbedrohenden Risiken ausgedehnt werden. Er will die Sicherheitspolitik weiterhin auf die Bewältigung machtpolitischer Bedrohungen ausgerichtet lassen, weil er der Meinung ist, eine Ausweitung des Begriffes bringe nichts

ausser Verwirrung. Die öffentliche Diskussion scheint mir zur Zeit Elemente solcher Verwirrung zu enthalten. Wie sollte dann die herkömmliche Sicherheitspolitik genannt werden? Machtpolitische Bedrohungen existieren weiterhin. Sicherheitspolitik ist Teil einer umfassenden Politik, die sich mit existentiellen Risiken befasst. Sie bleibt eingebettet in die Gesamtpolitik und erhebt keinen Anspruch, über dieser zu stehen. Wenn der Begriff ausgeweitet wird, umfasst er 80 bis 90 Prozent dessen, was der Staat tut, und wird so verschwommen, dass er nichts mehr taugt. Der Bundesrat plädiert ganz klar für ein ganzheitliches und vernetztes Denken bei der Analyse der existentiellen Risiken und Bedrohungen und bei deren Bewältigung. Das ist ein neuer und zukunftsgerichteter Ansatz, der vor allem den strategischen Denkprozess beeinflusst. Damit diese ganzheitliche Betrachtungsweise offensichtlich wird, enthält der Bericht eine weite Auslegeordnung von solchen existentiellen Gefährdungen und Risiken. Bei der politischen Antwort engt er sich aber bewusst auf die eigentliche Sicherheitspolitik ein. Die Bewältigung anderer Risiken (ökologischer, demografischer) muss anderen Bereichen überlassen werden. Der Bundesrat verzichtet auch bewusst darauf - obwohl er von der nationalrätlichen Kommission den Auftrag bekommen hat, es anders zu tun - programmatisch nach Prioritäten zu gewichten. Eine solche Gewichtung muss laufend vorgenommen werden, vor allem bei den Budgets und Finanzplänen. Dort kann dem ständigen Wandel der Bedrohungen Rechnung getragen werden. Gerade der Golfkrieg hat gezeigt, wie sich Gewichte über Nacht verschieben. Die Amerikaner sprachen bis am 2. August nur von "Friedensdividende", aber dann reisten sie mit dem Hut in der Hand durch die Welt und suchten Milliarden zusammen, um ihre Streitmacht zu finanzieren. Auch bei uns waren die spontan nötig gewordenen Vorlagen für die Osthilfe und den Golf in den Finanzplänen nicht voraussehbar. Sie kennen die Lage in Europa und die verschiedenen Entwicklungen, die wir in sehr kurzer Zeit erlebt haben: Umbruch in Osteuropa, europäische Integration, deutsche Einigung (die vor zehn Jahren noch als völlig unmöglich erschien). Möglich wurde dies dank der Umwälzungen in der Sowjetunion, die eine aussenpolitische Verschnaufpause suchte, um ihre internen Probleme zu lösen. Heute baut die Sowjetunion auf Hilfe des Westens, was vor kurzem noch undenkbar gewesen wäre. Durch die Gorbatschowschen Reformbestrebungen hat Osteuropa politischen Spielraum bekommen und wurden die beeindruckenden friedlichen Umwälzungen der verkrusteten Systeme möglich. Man hätte denken können, dass diese Vorgänge die westeuropäische Integration bremsen würden. Es traf aber das Gegenteil ein, sie gewann an Dynamik. Die EG hat geradezu einen Integrationszog erzeugt. Die beiden Bewegungen im Osten und im Westen kumulierten quasi in der Vereinigung Deutschlands. Dadurch wurde es aber auch komplizierter. Gorbatschow hat im Juli 1990 - wahrscheinlich gegen seine Generäle - den historischen Entscheid gefällt, Deutschland die Bündnisfreiheit zu gewähren. Vorher sprach man von einem neutralisierten Deutschland, was eher im Interesse der Sowjetunion gelegen hätte. Ich glaube aber, der Entscheid Gorbatschows war mutig und richtig, denn ein Land der Grösse und wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands kann per definitionem nicht neutral sein, es ist ein Gravitationszentrum. Somit gelingt es nun, dieses grosse Deutschland über die EG nicht nur wirtschaftlich und politisch in die europäische Entwicklung einzubinden, sondern auch militärisch. Das minimiert die Risiken und beschwichtigt die Ängste der Nachbarn Deutschlands. Diese Entwicklungen haben verschiedene sicherheitspolitisch positive Auswirkungen. Mit der Bündnisfreiheit Deutschlands wurde

vor allem auch im Westen der Rüstungskontrollpolitische Fahrplan deblockiert. Am Pariser Gipfel wurde das Abkommen über die Begrenzung der konventionellen Rüstung unterschrieben. Der KSZE-Prozess hatte eine wesentliche Bedeutung. Es besteht Konsens, dass dieses Instrument gestärkt werden soll. Wir haben eine Interesse daran, weil wir dort gleichberechtigt teilnehmen können. Wichtig ist, dass die KSZE nicht einseitig militärisch ausgerichtet ist, sondern auch Bereiche der Menschenrechte und der Wirtschaft hat, und damit eine ganzheitliche Sicherheitspolitik ermöglicht. Das Verhältnis der Grossmächte hat sich entkrampft. Der Golfkrieg ist ein Beleg dafür. Die Sowjetunion machte - trotz gewisser Profilierungsversuche - mit. Dadurch, dass sie die Uno-Politik und damit die amerikanische Politik mittrug, gewann auch die Uno, die früher immer vom Antagonismus der beiden Supermächte blockiert gewesen war, an Handlungsfähigkeit.

Das alles gibt Anlass zu Hoffnung. Ich glaube, man kann trotz der Turbulenzen, die wir feststellen, sagen, dass die Chancen für die Entstehung eines besseren, sichereren Europas um die Jahrtausendwende grösser ist als je.

In die ungebremsste Euphorie des letzten Jahres hat fast aus heiterem Himmel der Blitz des Golfkonfliktes eingeschlagen. Wer früher mit historischen Beispielen etwas zur Vorsicht mahnte, wurde milde belächelt. Sie sind jetzt aber bestätigt worden. Wir werden, als Auftrag der nationalrätlichen Kommission, zusammen mit dem EDA eine politische und militärische Analyse des Golfkonfliktes vornehmen. Aus militärischer Sicht sind solche Analysen nicht ungefährlich. Bis jetzt hat sich dieser Krieg vor allem als Fundgrube zur Bestätigung der Vorurteile aller erwiesen. Jeder Konflikt ist anders als die früheren. Es hat sich immer als gefährlich erwiesen, aufgrund eines eben zu Ende gegangenen Krieges einen neuen Krieg vorzubereiten. Insofern hat der Golfkrieg aber die historische Einsicht bestätigt, dass in der Geschichte immer wieder Dinge geschehen, die in dieser Form nicht vorausgesehen worden waren. Auch der Fall der Berliner Mauer war so nicht vorausgesehen gewesen (auch deren Bau nicht). Man sieht in solchen Fällen die Grenzen der wissenschaftlichen Analysefähigkeit. Es ist deshalb falsch, sich in einer Sicherheitspolitik nur auf die wahrscheinliche und zur Zeit gerade logische Entwicklung einzustellen. Sehr häufig hat sich auch die Annahme als falsch erwiesen, es gebe keine Bedrohung mehr. Ich stelle mit Interesse fest, dass gewisse Referate, die 1920/21/22 zum Völkerbund gehalten wurden, heute wieder völlig "in" wären. Es hat sich eben auch gezeigt, dass unter den geschichtstreibenden Kräften nicht nur die Vernunft, sondern auch das Unlogische, das Irrationale, das Emotionale wichtig ist. Deshalb geschieht immer wieder Unvernünftiges und Undenkbares. Auch Fehlbeurteilungen können Ursachen von Konflikten sein. Wahrscheinlich ist auch der Golfkrieg Folge einer Fehlbeurteilung, indem Saddam Hussein die Reaktion des Westens völlig falsch einschätzte. Im Golf hat sich auch gezeigt, dass solche Konflikte immer ein Eskalationspotential enthalten. Hätte z. B. Israel falsch reagiert, hätten sich ganz andere Fronten ergeben können. Wie bereits in den Weltkriegen zeigte sich auch wieder, dass sich Gewalt nicht auf militärische Elemente reduzieren lässt. Gewaltanwendung ist ein breites, vernetztes, totales Unterfangen, in dem Wirtschaft, Psychologie, Diplomatie und Armeen zusammenwirken.

Es hat sich gezeigt, dass auch in regionalen Konflikten modernstes Material eingesetzt wird. Unter den gewaltigen Luftkriegsmitteln, die vorhanden waren, fanden sich ausser den Jaguar (die nur dank den Awac, geschützt von modernsten Kampfflugzeu-

gen, bei Sonnenschein und ohne Fliegerabwehr einige Einsätze fliegen konnten) keine mehr, wie wir sie haben. Es zeigte sich auch, dass Europa nicht in der Lage ist, solche Probleme selber zu lösen. Der Golfkonflikt hat die Kluft zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Bedeutung der EG offenbar werden lassen. Das ist auch in Europa erkannt worden und hat einen hektischen Denkprozess ausgelöst. Man kann selbstverständlich Mitteleuropa nicht mit dem Golf vergleichen. Es wäre nicht zulässig, aus der Analyse des Golfkonfliktes allzu einfache und direkte Schlüsse für unsere Sicherheitspolitik zu ziehen. Unabhängig davon gibt es Probleme und Risiken, die der positiven Entwicklung in Europa nach wie vor entgegenstehen. Es ist klar geworden, dass die internationale Lage auch in Europa immer noch sehr fragil ist. Wenn die positive Eskalation der Ereignisse abbräche, könnten wieder neue, erhebliche Risiken entstehen. Es genügt, an den desolaten Zustand der Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa zu denken. Die euphorischen Hoffnungen drohen dort in eine Art Resignation umzuschlagen. Das kann die Stabilisierung dieser Demokratien gefährden. Seit meinem Ungarnbesuch macht mir das Machtvakuum in diesen Ländern Sorgen. Sie haben zwar Armeen, aber diese sind nicht in der Lage, die Verteidigung eigenständig zu gewährleisten. Es besteht keine Pufferzone mehr zwischen der Sowjetunion und dem Rest Europas. Die Hektik, mit der diese Länder sich vertraglich absichern wollen, zeigt, dass sie selber diese Gefahr sehen. In der Sowjetunion verbinden sich nun wirtschaftliche, politische, soziale und ethnische Probleme zu einer gefährlichen Mischung. Die Aussicht, dass dieses Land im Chaos versinkt, ist noch nicht gebannt. Ohne stabile Sowjetunion ist Europa noch auf viele Jahre hinaus kaum wirklich stabil. Im Chaos würde sicherlich auch in diesem Land der Ruf nach Ruhe und Ordnung sehr laut werden. In solchen Zeiten kommen selten die feinfühligsten Demokraten an die Macht. Die Chance einer positiven Entwicklung besteht aber noch, auch wenn wir zur Zeit ziemliche Wechselbäder erleben. Falls dieses Reich zerfallen sollte, wäre ein Grossrussland mit seiner gewaltigen, vor allem auch nuklearen Streitmacht immer noch eine militärische Supermacht, wenn auch auf wirtschaftlich schwachen Füßen. Auch der vierzig Jahre lang unterdrückte Nationalismus ist wieder im Kommen. Zur Zeit hören wir vor allem von den Vorgängen im Balkan. Die Österreicher nehmen diese sehr ernst. Wir wollen hoffen, dass eine Explosion weiterhin vermieden werden kann. Der Nationalismus hat aber seinen Nährboden gerade in einer schlechten Wirtschaftslage. Es besteht ein gewisses Eskalationspotential, wenn auch nicht direkt zu einer grossen militärischen Ost-West-Auseinandersetzung. Der Abbau der militärischen Arsenale hält mit der politischen Entwicklung noch nicht Schritt. Mit der Unterzeichnung eines Vertrages in Paris sind die Probleme noch nicht gelöst. Es braucht nicht nur Zeit und Geld, um Panzer und Kanonen zu bauen, es braucht auch Zeit und Geld, um sie los zu werden. Die Aussichten, das das Pariser Abkommen ratifiziert wird, sind wieder gestiegen, aber es wird Jahre dauern, bis das neue Gleichgewicht erreicht sein wird. Wenn in dieser Zeit ein Unglück passiert, sind die Ungleichgewichte gefährlich. In der Sowjetunion haben konservative Kräfte Mut gefasst, die mit der Abrüstungspolitik Schevardnazes nicht einverstanden sind, und einige trübe Spielchen gespielt. Man sagt heute, die sowjetische Marine verfüge über mehr Panzer als die ganze Nato, weil gewisse Divisionen dort eingegliedert wurden. 60 - 80 000 Artilleriegeschütze und Schützenpanzer wurden hinter den Ural verschoben. Bis in einigen Jahren sind sie vielleicht nicht mehr einsatzfähig ohne

Pflege. Das Problem ist aber, dass sie ziemlich unbemerkt dorthin verschoben wurden und demnach auch so zurückgenommen werden könnten. Es scheint aber, dass man sich trotz solcher Spiele, die dem beschworenen neuen Geist nicht gerade entsprechen, findet.

Die Annäherung der Weltmächte erhöht die Gefahr von Konflikten im kleineren Rahmen. Der Golfkrieg war ein Beispiel dafür, indem ein Diktator glaubte, er könne sein eigenes Süppchen kochen, wenn wegen des neuen Verständnisses der Supermächte nicht mehr jeder Konflikt zum Weltkrieg zu werden droht. Vermutlich wurde Saddam Hussein aus diesem Grund so kompromisslos in die Schranken gewiesen. Man wollte beim ersten Diktator, der diesen Spielraum zu nutzen gedachte, ein Exempel statuieren. Es ist zu hoffen, dass es - obwohl die Probleme noch lange nicht gelöst sind - genützt hat.

Es gibt auch neu auftauchende, verschwommene und schwer definierbare Risiken, z. B. die Proliferation chemischer und nuklearer Waffen und ballistischer Trägerraketen. Saddam Hussein konnte etwas zurückgebunden werden, aber in anderen Ländern geht es munter weiter, z. B. in Nordkorea und vielleicht auch in Libyen. Weiter gehört auch die Migrationsproblematik dazu, nicht nur die Nord-Süd-Migration, sondern auch diejenige von Ost nach West. Man weiss, dass Völker nicht wegen reinen Wohlstandunterschieden davonlaufen, sondern wenn sie die Hoffnung verlieren. Wenn in Osteuropa diese Hoffnung verloren gehen sollte, müssten wir uns auf Migrationen gefasst machen, die alles bisher Gesehene übersteigen. Ich denke weiter auch an fundamentalistische religiöse Strömungen, die ein gewisses Eskalationspotential enthalten. Und es gibt Länder, in denen das organisierte, mafiaähnliche Grossverbrechen ein Niveau von fast sicherheitspolitischer Dimensionen erreicht hat, denkt man daran, dass die Amerikaner schon Flugzeugträger in die Nähe der Drogenzentren geschickt haben.

Es lässt sich also sagen, dass es mehr Chancen als auch schon gibt, dass es aber auch noch Risiken gibt, die die Entstehung des Paradieses auf der Erde bis jetzt erfolgreich zu verhindern vermochten. Jede Prognose wird damit zur Spekulation. Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat versucht hat, in vier Grundscenarien Faktoren zusammenzufassen, die für die Formulierung einer sicherheitspolitischen Strategie vernünftig sein dürften. Szenarien sind nicht Prognosen. Der Bundesrat glaubt nicht, dass eines dieser Szenarios sich in der beschriebenen Weise konkret realisieren wird. Die einzelnen Elemente der Szenarien können auch in Mischformen vorkommen. Es handelt sich um Denkhilfen, um zu zeigen, wie es kommen könnte. Und auch um zu zeigen, wie es kommen sollte, denn man kann sich ja auch fragen, was zu tun ist, dass es so kommt, wie wir es gerne möchten. Das ist ein neuer Ansatz. Die beiden ersten Szenarien "Verständigung und Kooperation" und "Konfrontation" sind in diesem Sinne alternativ; das erste ist optimistisch, das zweite eher pessimistisch. Die beiden anderen sind Szenarien, die wahrscheinlich so oder ähnlich kommen werden, unabhängig von den übrigen. Aufgrund dieser Denkhilfen und Analysen hat der Bundesrat drei Schwerpunkte der Sicherheitspolitik zu formulieren versucht. Man geht vom Gedanken aus, dass ein Sollzustand definiert werden muss, der anzustreben ist. Dabei gilt, dass unsere Sicherheit nicht nur von dem abhängt, was wir selber defensiv tun, sondern von der Sicherheit unserer Umgebung. Der Bundesrat möchte eine Politik betreiben, die Beiträge daran leistet, dass Europa sicherer wird. Ich pflege dies in meinen Referaten als "Karte der Hoffnung" zu bezeichnen. Weil aber Risiken bestehen und Rückschläge kommen können, wolle wir nicht naiv sein, son-

dern gewappnet bleiben. Dies ist die Grundphilosophie der Sicherheitspolitik in der Zeit der Ungewissheit. Sie verlässt das Worst-case-Denken - das wir uns auch finanziell gar nicht mehr leisten können - und strebt den best case an, aber nicht ohne gewappnet zu bleiben für den bad case. Als Motto könnte auch gelten, dass wir nicht preisgeben wollen, was noch gültig ist, dass wir Entscheide, die später nötig werden, nicht voreilig präjudizieren wollen, dass wir aber auch nichts versäumen wollen, wo die Entwicklung dies von uns erfordert. Die Marschrichtung ist also klar, aber gewisse Entscheide werden bewusst offengelassen. Offenheit und Flexibilität sind Bestandteile dieser Strategie. Wir bezwecken Dreierlei: Zur Stärkung des Friedensprozesses in Europa beitragen, grösstmöglichen Schutz der Schweiz und der Bevölkerung vor machtpolitischen Gefahren und schliesslich - wenn auch eher als Nebenprodukt - die sicherheitspolitischen Mittel, die wir für die militärische Zivilschutzverteidigung ohnehin brauchen, vermehrt für die allgemeine Existenzsicherung einsetzen, weil sie sich dafür eignen. Wir müssen, um die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Ziele schaffen zu können, die Risiken frühzeitig erkennen und gesamthaft beurteilen können.

Der erste Schwerpunkt der Stärkung und Festigung des Friedensprozesses ist vor allem ein politischer Prozess. Die Armee hat dabei nur einen relativen kleinen Beitrag im Sektor der Friedensförderung zu leisten (Militärbeobachter, Verifikationen, Abrüstungsverhandlungen, Blauhelme usw.). Wir möchten aber z. B. durch wirtschaftliche Kooperation beitragen, dass die Volkswirtschaften in den neuen Demokratien Tritt fassen können. Nur ein gewisser Wohlstand kann dort zu politischer Stabilität führen. Wir können auch politisch mit Demokratiehilfe kooperieren und durch rechtliche Kooperation beitragen, die friedlichen Beziehungen abzusichern. Die Schweiz kennt Modelle gewaltfreier Konfliktregelung (z. B. für das Zusammenleben von Minderheiten), die jetzt wieder besonders wichtig werden. Dabei handelt es sich aber um politische Aufgaben, die mit der Landesverteidigung im herkömmlichen Sinne nichts zu tun haben.

Der zweite Schwerpunkt des grösstmöglichen Schutzes vor Rückfällen durch Kriegsverhinderung auf der Basis der Verteidigungs- und Durchhaltefähigkeit ist das traditionelle Element der Dissuasion. Diese kann angesichts der Veränderungen in Europa nicht mehr maximalistisch sein, es wäre zu teuer. Sie muss angemessen sein.

Auf die Notwendigkeit der Analyse der existentiellen Risiken habe ich bereits hingewiesen. Diese Gesamtbeurteilung ist naturgemäss Führungsaufgabe des Bundesrates. Die Aufbereitung von Grundlagenmaterial für den Bundesrat muss mit Hilfe von Stabsorganen zwischendepartemental geschehen. Dazu müssen wahrscheinlich die institutionellen Strukturen angepasst werden und gegebenenfalls neue geschaffen und die Wissenschaft vermehrt beigezogen werden. Ich glaube aber nicht, dass im Stabsbereich neue "Überbeine" geschaffen werden sollten. Das muss noch im Detail diskutiert werden.

Der Bericht ist kein Rezeptbuch. Er sagt nicht, es brauche nun den F-18 oder Panzer und Feuerspritzen in einer bestimmten Anzahl. Es handelt sich um ein Strategiepapier. Ich habe immer gesagt, er könne nicht die Grundlage eines Flugzeugbeschaffungsentscheides sein - obwohl er so missverstanden wird. Wir möchten mit dem Bericht die Aufträge an die verschiedenen sicherheitspolitischen Mittel definieren, diese müssen dann aber ihre eigenen Leitbilder schaffen (Armeeleitbild, Zivilschutzleitbild, Aussenpolitik etc.), die Sie dann wieder im Parlament diskutieren werden können. Morgen werden wir die Öffentlichkeit

über unsere Absichten für die Erfüllung dieses Auftrages durch die Armee etwas breiter orientieren. Die Militärkommissionen sind bereits detailliert informiert worden. Es bleiben offene Fragen. Eine davon ist die Neutralität. Das EDA hat dazu auf Wunsch der nationalrätlichen Kommission bereits einen Zusatzbericht erstellt. Der Bundesrat hat sich in den letzten Monaten vor allem im Zusammenhang mit dem Golfkonflikt über die Neutralität unterhalten. Er hat - obwohl das häufig missverstanden worden ist - eine kohärente und logische Politik geführt. Alles ist in Bewegung geraten. Er hat deshalb eine Expertengruppe eingesetzt, die diese Frage überprüft. Die Entscheidung wird der Bundesrat aber dann selber treffen. Neutralität ist letztlich nicht eine rechtliche, sondern eine politische Frage. Sie ist für viele Schweizer zu einem Tabu geworden, obwohl sie dies ursprünglich nicht war. Neutralität ist ein politisches Instrument, das man braucht, um die Unabhängigkeit und die Sicherheit zu wahren. Es muss immer wieder überprüft werden. Die Neutralität hat je nach geschichtlicher Situation immer eine etwas andere Färbung, auch in der Schweiz. Im Ersten Weltkrieg war sie auch innenpolitisch wichtig, um das Auseinanderfallen der Sprachgruppen zu verhindern. Während der Naziherrschaft war sie anders als während des Kalten Krieges und sie hat auch jetzt wieder eine etwas andere Färbung. Die Tatsache, dass die Schweiz bei den Wirtschaftsanktionen mitgemacht hat, hat gezeigt, dass der Bundesrat die Neutralitätspolitik den neuen Gegebenheiten anzupassen gewillt ist. Es ist für uns wertvoll, wenn Sie sich im Rahmen der Debatte des Sicherheitsberichtes zur Neutralität äussern. Es wäre verfrüht gewesen, wenn der Bundesrat jetzt schon Weichen gestellt hätte, bevor politische Entscheidungen, z. B. bezüglich des Verhältnisses zu Europa, gefällt worden sind. Es wäre sehr voreilig, die Neutralität über Bord zu werfen. Neutralität bedingt eine glaubwürdige Neutralitätspolitik. Sie kann nicht per Bundesbeschluss heute abgeschafft und morgen wieder eingeführt werden. Man verliert sie nur einmal. Die Neutralität kann noch nicht totgeschrieben werden, aber wir müssen sie immer wieder überdenken. Die Neutralen werden in den nächsten Jahren noch eine Funktion haben. Wie es in zwanzig Jahren aussehen wird, wissen wir nicht.

Zur Teilhabe an einer europäischen Sicherheitsordnung: ich bin durchaus auch der Meinung, dass wir die Entwicklung in der europäischen Sicherheitsdiskussion aufmerksam verfolgen müssen und dass wir uns überlegen müssen, ob wir irgendwann einmal in irgend einer Form daran teilnehmen können. Aber bis jetzt hat mir noch niemand sagen können, wie diese Sicherheitsordnung wirklich aussehen wird. Alles ist in grosser Bewegung, sämtliche Gefässe von der WEU über die Nato und die KSZE bis zur EG selber werden auf ihre Tauglichkeit hin abgeklopft. Jeder EG-Sprecher, der sich dazu äussert, hat seine eigene Philosophie. Kleine Länder haben eine andere Sicht als die Achse Deutschland-Frankreich usw. Es ist äusserst interessant, dies zu verfolgen, aber genaue Aussagen sind heute nicht möglich. Deshalb sind wir auch hier der Meinung, wir müssten eine Politik betreiben, die Optionen offenhält und keine irreversiblen Entscheidungen fällt. Es gibt politische Strömungen bei uns, die empfehlen, uns einer europäischen Sicherheitsordnung anzuschliessen, weil sie damit die Armee oder die Fähigkeit zu einer eigenständigen Verteidigung abschaffen möchten. Dies hält der Bundesrat für völlig verfrüht und falsch. Wir glauben aber, dass die Armee so gestaltet sein muss, dass sie, falls derartige einmal auf uns zukäme, anpassbar wäre. Wir glauben, dass sie es mit dem neuen Konzept sein wird. Es ist hier aber nicht

der Moment, dies im Detail darzulegen. In einem solchen Fall sollten wir auch etwas einbringen können und nicht nur Trittbrettfahrer sein. Zur Zeit ist es noch ebenso wahrscheinlich, dass die nationale Verteidigungsfähigkeit für viele Länder im Vordergrund stehen wird, wie dass es in einer anderen Richtung läuft. Frankreich z. B. betreibt eine dezidierte Politik der Eigenständigkeit. England ist mehr auf die atlantische Achse ausgerichtet. Alles, was wir heute an Prophezeiungen hören, ist noch viel zu wenig ausgereift, als dass es für uns die Grundlage von einschneidenden Entscheiden sein könnte.

Wir haben uns im Bericht auch zur Dienstverweigerung geäußert. Der Bundesrat hat in der Zwischenzeit dazu Stellung genommen. Er ist offen dafür, das Problem einer definitiven Regelung zuzuführen. Damit befasst sich eine andere parlamentarische Kommission. Das Thema wird im Juli in den Nationalrat kommen, so dass es sich erübrigt, hier allzu weite philosophische Betrachtungen vorzunehmen.

Rhinow: Ich möchte dem Bundesrat zu dem Bericht gratulieren. Gut ist schon nur die Tatsache, dass er überhaupt erschienen ist. Es trifft zu, dass warten schlechter sein kann als handeln, auch wenn es dann Kritik absetzt. Es ist wichtig, dass der Bundesrat diesen Bericht erlassen hat. Der Bericht überzeugt durch die Öffnung, die er namentlich im Gefahrenspektrum vornimmt, durch die Betonung der Vernetzung und durch die Ganzheitlichkeit des Denkens. Dies geht, zumindest sprachlich, durch den ganzen Bericht hindurch. Der Bericht überzeugt auch, weil er die Rolle bewaffneter Elemente, mit denen wir einigen der Gefahren begegnen können oder müssen, klar herausstreicht und davor warnt, aufgrund des veränderten Umfeldes praktisch ohne Armee leben zu wollen. Überzeugend ist auch, wie er die Vernetzung der Armee und anderer Elemente der Gesamtverteidigung herausstreicht. Der Bericht ist ein Spiegel unserer Zeit, d. h. einer Gesellschaft und damit auch einer Sicherheitspolitik im Umbruch. Es ist klar, dass man fragen kann, ob diesem Umbruch in einzelnen Punkten zu wenig Rechnung getragen worden ist. Aber eine solche Kritik hindert nicht daran, den Bericht im Ganzen positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Die Abgrenzung machtpolitisch/nicht machtpolitisch ist zu stark dem klassischen Denken verhaftet. Wenn das Gefahrenspektrum auf diese Weise kategorial eingeteilt wird, wird man dem Anspruch der Vernetzung nicht gerecht. Es ist zudem nicht ganz verständlich, was unter Machtpolitik zu verstehen sei. Geht es darum, dass sich Länder bekriegen, um übereinander Herrschaft ausüben zu können, oder ist einfach Gewalt gemeint? Im Bericht geht man vielleicht auch zu stark von den vorhandenen Mitteln aus. Ich habe deshalb Bedenken gegenüber den immer wieder vorkommenden Formulierungen, den nicht machtpolitischen Risiken sei mit anderen Politiken zu begegnen. Wenn die Vernetzung ernst genommen wird, dann gibt es auf der strategischen Ebene Bundesrat nur noch eine Politik.

Es ist nicht ganz klar, ob der Bericht mehr Auslegeordnung, Zwischenstand und Orientierungshilfe sei oder ein echtes Führungsinstrument. Will der Bundesrat damit der Bevölkerung und der Verwaltung sagen, wie es grundsätzlich weitergehen soll? Es fehlt die Gewichtung. Es trifft zu, dass - wie Bundesrat Villiger betont - die finanzielle Gewichtung immer wieder anzupassen ist. Dies ist aber nur möglich, wenn ein Ausgangspunkt definiert worden ist. Der Bericht tut dies aber nicht.

Im Bericht steht, Unabhängigkeitswille und Bereitschaft zu Kooperation seien keine Gegensätze. Dies trifft nur bedingt zu. Es handelt sich durchaus um mögliche Gegensätze. Dazu äussert

sich der Bericht zu wenig und dadurch werden europapolitische Fragen etwas verschleiert. Was eigentlich die Zielsetzung wäre, kommt zu wenig zum Ausdruck.

Bei der Rolle der Armee kommt zu stark ein lineares Denken von oben nach unten (Auftrag - Strukturen - Mittel - Ausbildung) zum Ausdruck. Diese Bereiche sollten vermehrt in vernetzter Beziehung gesehen werden und daraus der Auftrag der Armee abgeleitet werden. Generell klammert man sich zu sehr an das Bestehende, wenn auch die Produktpalette der Armee ausgeweitet wird. Nicht diskutiert wurde aber das Grundproblem, welche Dienste benötigt werden, um der breiten Palette von Gefahren zu begegnen.

Der Bericht erwähnt ganz knapp, dass die Armeeführung überprüft werden muss. Er sagt zu Recht, dass es einen strategischen Nachrichtendienst braucht. Die klassische Unterteilung in ordentliche und ausserordentliche Lagen kann nur noch auf die Machtpolitik im engeren Sinne bezogen werden. Ich vermisse die Betonung der Bedeutung der strategischen Führung. Viele der aufgeführten Gefahren benötigen strategische Entscheide des Bundesrates. Es stellt sich die Frage, ob die heutige Struktur der Regierung und ihrer Instrumentarien geeignet sind, solche strategischen Entscheide rechtzeitig zu treffen. Befinden wir uns in der Europafrage und mit der Migration noch in der ordentlichen oder schon in einer anderen Lage?

Bis heute ging man davon aus, dass ein breiter Konsens bestehe, wofür unsere Armee eingesetzt werden soll. Wenn aber so vieles im Umbruch ist, wird diese Frage politisch, d. h. der Konsens ist nicht mehr vorausgesetzt, sondern muss errungen werden. Mit dem Bericht des Bundesrates, den wir nur noch zur Kenntnis nehmen können, werden indirekt Entscheidungen festgelegt, die nicht vom Parlament selbst gefällt wurden. Muss die Zuständigkeitsordnung des Festlegens gewisser Entscheide im Rahmen der Sicherheitspolitik überdacht werden?

Simmen: Ich möchte dem Bundesrat für das Erscheinen dieses Berichtes danken. Die Auflistung aller Schwierigkeiten und Gefahren ist ein harte Lektüre. Aber es ist notwendig und macht uns ex negativo vielleicht auch darauf aufmerksam, was wir besitzen und erhalten möchten. In einer Zeit, da alles im Fluss ist, kann immer gesagt werden, es sei der falsche Zeitpunkt für einen solchen Bericht. Immerhin wurden die Vorgänge in Osteuropa noch berücksichtigt. Die sehr raschen Veränderungen zwingen uns dazu, Verhaltensmuster, an die wir uns gewöhnt hatten, in Frage zu stellen. Nach der ersten Euphorie stehen wir etwas hilflos da. Die Probleme haben uns eingeholt. Wir wissen z. B. mit dem Nationalitätenkonflikt im Balkan nicht so recht umzugehen. Der Golfkonflikt war nur ein Beispiel mehr dafür, wie sehr die Dinge im Fluss sind. Als der Bericht im Oktober 1990 erschien, hatte der Einmarsch zwar stattgefunden, aber der Krieg selbst lag noch in der Zukunft. Als die nationalrätliche Kommission den Bericht behandelte, war der Krieg in vollem Gange, und jetzt ist er bereits - zumindest in einer ersten Runde - Vergangenheit geworden. Man kann und muss heute schon sagen, dass die Bilanz des Krieges für die Bevölkerung bitter und sehr ernüchternd ist, dass die Repression im Irak unvermindert anhält und erdrückend ist, dass die Minderheiten (die Kurden) von einer Katastrophe in die andere geraten sind, dass die militärischen Verwüstungen in einem gewissen Masse erträglich sind - wenn man das so sagen darf -, dass aber die ökologischen Probleme kombiniert sind mit den militärischen Verheerungen. Die Probleme sind nicht gelöst, sondern haben sich multipliziert. Es zeigt sich deutlich, dass die militärischen, wirtschaftli-

chen und ökologischen Aspekte vernetzt sind und sich kumulieren und deshalb eine Gesamtschau ausserordentlich wichtig ist. Als Folgerungen ergeben sich, dass die Frage des Kriegsmaterialexportes wieder einmal neu angepackt werden muss und die Bestimmungen zu verschärfen sind und dass Entwicklungshilfe auch nach dem Kriterium der Militärausgaben dieser Länder erfolgen muss. Im Zeichen dieser Vernetzung verdienen sicher unsere Aussenpolitik und unsere ausgreifende Sicherheits- und auch Friedenspolitik höchste Beachtung. Dies betrifft auch den sicherheitspolitischen Auftrag der Armee und den Einsatz von Schweizer Truppenteilen im Ausland (Blauhelme) und bedingt, dass wir in der Schweiz eine Armee haben, und zwar eine moderne und motivierte, eine Milizarmee. Auch bei der Aussenwirtschaftspolitik ist die Schweiz gefordert, eine aktive Rolle zu spielen, z. B. durch den Beitritt zu Weltbank und IWF, damit wir dort unsere Vorstellungen einbringen können. Es geht darum, durch Prävention eine Reduktion des Druckes im Süd-Nord-Gefälle zu erreichen. Die bevorzugte Behandlung von Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik wird sich in der Verschiebung von Mitteln niederschlagen müssen. Eine Dissuasion kann, wie gesagt, nicht mehr maximalistisch sein, sondern wird flexibel sein müssen. Aus der Tatsache, dass militärische Konflikte einerseits weniger wahrscheinlich werden, andererseits die Kriegsführung zunehmend hochtechnologisch wird, ergibt sich, dass die Schweiz nicht alles selbst und allein tun kann, sondern Lösungen möglicher Zusammenarbeit finden muss. So wie sich die Nato seit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes fragen muss, wo "vorne" sei, werden wir uns vermehrt fragen müssen, wo "ausser" ist, d. h. welche Grenzen verteidigt werden müssen. Grenzen können, mit neuen Bedrohungen (Terrorismus, Migration), auch im Inland verlaufen.

Das Grundproblem ist das Konzentrationsgefälle auf der ganzen Welt. Je mehr es durch politische und wirtschaftliche Mittel eliminiert werden kann, um so weniger werden wir bei uns zu Abwehr und Verteidigung gezwungen. Wir sollten uns nicht nur dort stark machen, wo wir die Probleme im Griff haben, weil wir sie schon lange kennen. Die wichtigen Bedrohungen sind die diffusen, die wir nicht richtig kennen.

Jagmetti: Ich habe grosse Verständnis dafür, dass die Verfasser des Berichtes - für den ich danke - das Bedürfnis hatten, diesen auch in internationalen Fachgremien zu diskutieren. Es ist allerdings damit die Gefahr verbunden, dass die Sicherheitspolitik dadurch als gegeben betrachtet wird und die nachfolgende Diskussion im Parlament nur noch als Anhang ohne politisches Gewicht erscheint. Es stellt sich damit, wie auch in anderen politischen Bereichen, die Frage, welches in so grundlegenden Ausrichtungen der Politik die Rolle des Parlamentes sei und in Zukunft sein solle. Wir sehen, dass wir mit den Begriffen Rechtssetzung und Rechtsanwendung nicht mehr die ganze Wirklichkeit erfassen. Es ist ja nicht möglich, ein Gesetz über die Sicherheitspolitik zu machen, das dem Bundesrat den Rahmen gibt, innerhalb dessen er das Recht anwendet. Es stellt sich die Frage, ob wir dazu übergehen müssen, eine Form von Rahmenaufträgen zu formulieren, damit das Parlament nicht einfach nur noch billigen muss, was der Bundesrat macht, sondern eine gestaltende Rolle behält. Das Problem war auch im Puk-2-Bericht von Bedeutung.

Wir haben eine grundlegende Veränderung von der bipolare Abschreckung zum doppelten Netz durchgemacht. Dies zeigt sich fast symbolisch an der Entwicklung von CFE-Abkommen vom November 1990 bis zum Golfkrieg vom Januar 1991. Das CFE-Abkommen

war der Schlusspunkt der bipolaren Abschreckung. Es kam vielleicht gerade deshalb zustande, weil diese nicht mehr im Vordergrund des Denkens stand. Heute haben wir ein doppeltes Netz: ein sachliches und ein räumliches. Die Aspekte des sachlichen Netzes sind bereits erwähnt worden (Macht, neue Ideologien wie der Fundamentalismus, das wirtschaftliche Gefälle, Ressourcenprobleme). Der Bericht beschreibt die Vernetzung dieser sachlichen Bereiche. Damit im Zusammenhang, aber doch auf einer anderen Ebene, stehen die Probleme des räumlichen Netzes. Es lässt sich heute nicht mehr bestreiten, dass wir in Europa integriert sind. Zudem sind wir auch in den atlantischen Raum integriert (kulturell, politisch und wirtschaftlich). Das ist kein Gegensatz zu Europa, sondern ein anderes Bezugsfeld. Wir versuchen, unser Verhältnis zur Sowjetunion neu zu definieren. Wir stellen fest, dass wir ein eigenständiges Verhältnis zur arabischen Welt entwickeln müssen. Unsere Neutralitätspolitik und unser Neutralitätsrecht wurde nicht durch einen europäischen Nationalitätenkonflikt herausgefordert, sondern im Zusammenhang mit einem Konflikt mit der arabischen Welt. Die Dritte Welt stellt uns vor grosse Fragen, aus denen wir uns nicht heraushalten können.

Bei der Uno-Abstimmung war die Neutralität eines der ganz schwierigen Probleme. Nicht, weil es unlösbar wäre, sondern weil der Bürger in der Neutralitätspolitik eine Versicherungspolice sieht. Das Erlebnis des Zweiten Weltkrieges hat uns ausserordentlich stark geprägt. Im neuen komplexen Beziehungsgeflecht kann Neutralität nicht mehr Abseitsstehen heissen. Wir waren gezwungen, uns zum Boykott gegen Irak und Kuwait und zum Überflugverbot zu äussern. Neutralität ist dann sinnvoll, wenn sie einen Ausgangspunkt für die Dienstleistung in der Vernetzung darstellt.

Für die Armee braucht es eine genauere Spezifizierung des Auftrages als im Bericht bereits enthalten. Es geht zuerst einmal um den klassischen Auftrag Schutz des Raumes vor Machtübergriffen, aber in neuer Form. Es genügt nicht mehr, im WK und an Stabswochen aufgrund einer starren Vorstellung der Bedrohung bis in letzte Detail an Befehlen herumzufeilen. Wenn wir aber flexibler werden, stellt sich die Frage, wie die Armee in das sachliche Netz einbezogen werden soll. Für welche sachlichen Bezüge ist die Armee zuständig? Muss sie vor Zivilisationsgefahren schützen? Muss sie in der Frage der Migration eine Rolle spielen? Das muss noch diskutiert werden. Auch die Frage des räumlichen Netzes ist noch offen, potentielle Konflikte sind nicht mehr nur von kontinentaleuropäischer Dimension. Dazu kommt der Zeitfaktor. In der Armee wird immer unter Zeitdruck gearbeitet und geübt. Wir müssen uns aber fragen, ob bei allen Fragen der gleiche Zeitdruck, d. h. Zeithorizont bestehe. Zum Begriff Sicherheitspolitik: Die Politik muss das sachliche und das räumliche Netz erfassen. Wieviel davon als Sicherheitspolitik bezeichnet wird, ist eher sekundär. Entscheidend ist, dass das ganze Netz gesehen wird. Ich möchte aber davor warnen, die gesamte Politik als Sicherheitspolitik zu bezeichnen und in der gesamten Politik nur noch Schutz und Abwehr zu suchen. Politik muss in erster Linie Gestaltung sein.

M. Cavadini.

Si l'on définit une politique de sécurité, c'est que l'on a quelque chose à défendre. Par conséquent : que veut-on défendre? le rapport part de l'idée optimiste que la population se défendrait. Or, je n'en suis pas toujours entièrement persuadé; mais cette volonté de résistance doit s'opérer sur un

certain nombre de valeurs et d'objectifs qui n'apparaissent pas dans le rapport.

Le rapport sur la politique de sécurité n'est pas dissociable du rapport sur la réforme de l'armée : l'un dépend de l'autre. Les experts constatent que les *menaces* s'affaiblissent (nous ne sommes plus en présence de deux blocs qui, paradoxalement, limitaient les risques) et que les *risques* (migrations, conflits ethniques, etc.) croissent. M. Heisbourg relevait que la défense militaire perdait de son importance alors que la défense économique gagnait en importance.

Entre le 1er octobre 1990, date de la publication du rapport, et le 13 mai 1991, il s'est passé certaines choses dans le monde! Par conséquent, notre analyse doit être reprise à la lumière de ces événements nouveaux.

Notre rôle par rapport à l'Europe doit aussi entrer en considération. Si nous sommes "Européens", on nous attend dans notre participation à la défense; si nous ne sommes pas "Européens", nous devons à plus forte raison avoir une autre conception de cette défense.

Notre vulnérabilité suisse reste grande; nous dépendons de l'extérieur pour ce qui est des matières premières; notre politique énergétique reste extrêmement fragile.

Les objectifs opérationnels devraient être davantage précisés. Quelles sont les "autres" mesures auxquelles il est fait allusion ?

Quel est le rôle de l'armée dans cette politique de sécurité (on ne saurait dissocier une politique de sécurité d'une politique militaire dans une partie de celle-ci) ?

Bühler: Der Bericht ist einmalig. Der Bundesrat - die Schweiz - hat sehr rasch gehandelt. Kaum ein anderer Staat hat in so kurzer Zeit etwas Gleichwertiges zustande gebracht. Der Bericht ist offen und stellt sich der Kritik. Ich bin froh, dass man die Diskussion nicht nur innerhalb des Parlamentes führt, sondern dass man auch nach aussen getreten ist, auch wenn die ersten Reaktionen der Medien sehr oberflächlich waren. Der Bericht ist unvollständig. Das wird auch gesagt. Es bleiben offene Fragen. Man spricht von Flexibilität, d. h. man will die Sicherheitspolitik rollend anpassen. Sie, resp. der Bericht, ist ausbaufähig. Schon der Titel zeigt, dass der Bericht nicht das Ende, sondern der Anfang einer Neuformulierung ist.

In Europa und der Sowjetunion hat sich vieles positiv verändert. Es wäre jedoch verheerend, den jetzigen Status als etwas Festgefügt anzusehen und z. B. die Schlussfolgerung zu ziehen, die Armee habe ihr Feindbild verloren und deshalb keine Berechtigung mehr. Die Szenarien zeigen viele Unsicherheitsfaktoren auf. Im Bericht kaum zum Ausdruck kommt die Unberechenbarkeit des Menschen. Der Mensch ist das schöpferischste, aber auch das zerstörerischste Wesen. Solange es Menschen gibt, solange besteht auch die Möglichkeit des Krieges in den verschiedensten Formen. Ich verstehe die Haltung gewisser Kreise, die glauben, Krieg in Europa sei überhaupt nicht mehr möglich, nicht. Dies ist eine Realitätsverweigerung. Absolute Sicherheit gibt es nicht, aber es gibt ein kluges Risikoverhalten. Dazu gehört u. a. die Schutzgarantie, d. h. eine starke Armee. Sicherheit kann auch also die Abwesenheit von Gefahren in der Zeit verstanden werden. Die jetzige Zeit ist angefüllt mit Gefahrenherden. Die drei grossen Gefahren unserer Zeit sind die Überbevölkerung, die Umweltzerstörung und der Verlust der Freiheit. Man muss ihnen vermehrt durch Umweltsicherung, Demokrati-

sierungsprozesse usw. begegnen, bevor sie machtpolitische Dimensionen annehmen. Die Aussenpolitik wird neben der Armee zu einem erstrangigen Mittel der Sicherheitspolitik.

Die im Bericht genannte Definition der Sicherheitspolitik (Bewältigung der machtpolitischen Bedrohungen unseres Landes) vermag zum Teil zu befriedigen. Sie will andere Bereiche der Bedrohung nicht militarisieren. Sie wird aber in Zukunft nicht mehr ausreichen, denn die Abgrenzung der machtpolitischen von nicht machtpolitischen Entwicklungen ist äusserst schwierig. Auch nicht machtpolitische Gefahren können zu gewaltsamer Konfliktaustragung führen. Neben den angekündigten Leitbildern für Armee und Zivilschutz müssen gleichwertig weitere Leitbilder erarbeitet werden, z. B. für die Aussenpolitik (bezogen auf die Sicherheitspolitik), für die Information, für den Staatsschutz und für die strategische Führung.

Zu einzelnen Zielen der Sicherheitspolitik: Der Grundtenor "Bewährtes erweitern" ist gut. Unter Friedensförderung muss der Mensch mit all seinen Stärken und Schwächen vermehrt einbezogen werden, d. h. sein Umfeld, Bildung, gesellschaftliche Strukturen. Auch wenn die Schweiz klein ist, kann sie hiezu wesentliche Beiträge - z. B. zu Demokratisierungsprozessen - leisten. Zur Friedensförderung gehört auch die Verteidigungsfähigkeit. Es wäre falsch, die Armee dabei nicht einzubeziehen. Es braucht eine glaubwürdige Armee, die von einem Willen getragen wird. Es ist verheerend, wie gewisse politische Kreise gerade dieses Moment untergraben.

Aussenpolitisch sind wir bezüglich der Sicherheitspolitik noch etwas unterentwickelt.

Der Hauptauftrag der Armee ist die Kriegsverhinderung und Verteidigung. Katastrophenhilfe kann nur ein Nebenprodukt sein. Anders ist es beim Zivilschutz, bei dem der sicherheitspolitische Auftrag und derjenige der allgemeinen Existenzsicherung gleichwertig sind. Dies kommt etwas zu wenig zum Ausdruck. Bezüglich der Information besteht bei der öffentlichen Hand ein riesiger Nachholbedarf. Auf keiner Stufe wird eine echte Informationspolitik betrieben. Dies muss verbessert werden. Der Bericht 90 bringt uns trotz gewisser Mängel und Unvollständigkeit einen Schritt weiter. Es ist notwendig, dass eine fortschreitende Ausgestaltung vorgenommen wird.

Gadient: Ich möchte mich dem Dank an den Bundesrat und die Verfasser des Berichtes anschliessen. Das Hauptziel der vertieften Auseinandersetzung und des vermehrten Dialogs zwischen Parlament und Bundesrat ist bereits erreicht. Es ist eine systematische, analytisch und zielsetzungsmässig beachtenswerte substantielle Arbeit. Ich teile die Auffassung, dass man im Neutralitätsbereich zu Recht noch etwas zugewartet hat. Risiken und Unsicherheiten, der Wandel und die Hoffnungen auf dauerhaften Frieden machen es schwierig, eine valable Sicherheitspolitik zu entwickeln und adäquate sicherheitspolitische Mittel bereitzustellen. Flexibilität ist gefragt; auch längerfristig geltende Analysen und Konzeptionen werden im Bereich der militärischen Sicherheitspolitik laufend anzupassen sein. Der Bericht setzt sich in für mich überzeugender Art auch mit nichtmilitärischen Gefahren auseinander. Das ist es auch, was ihm, auch vom Ausland her, die entsprechende Anerkennung eingetragen hat. Die Sicherheitspolitik muss auf die allgemeine Existenzsicherung von Volk und Land ausgerichtet sein. Im machtpolitischen Bereich sind die Unsicherheiten nicht zu übersehen. Es ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass sich das Umfeld innert kürzester Zeit grundlegend verändern kann.

Ich möchte auch für die Informationen und Daten des EMD, die den Bericht ergänzen, danken. Sie machen sichtbar, dass die Armeen weit davon entfernt sind, abgeschafft zu werden. Anlässlich der ETH-Tagung, bei der dieser Bericht behandelt wurde, tauchten einige Fragen auf. Ein Experte bemerkte, es sei selbstverständlich, dass innerhalb der im Bericht erwähnten Grauzonen der Risiken die Übergänge fließend seien und sich die einzelnen Elemente gegenseitig beeinflussten. Charakteristisch sei aber in allen Fällen, dass die Gefahren der Grauzonen meist als Folge von nicht machtpolitisch motivierten Entwicklungen von metastrategischen Gefahren begriffen werden können. Er sagte dies mit Blick auf die Schwierigkeit der Zuordnung der staatlichen Politikbereiche, die sich mit den Vorkehrungen dagegen zu befassen haben.

Weiter wurde es als widersprüchlich angesehen, dass der Bericht einerseits sagt, ein moderner Industriestaat sei zunehmend komplex und damit verwundbar, andererseits aber meint, dieser Gefahr sei mit dem Durchhaltevermögen der Bürger und dem Einsatz militärischer Mittel zu begegnen. Der Experte sagte: "Diese Abwehrfähigkeit versucht der Bericht dadurch plausibel zu machen, dass er die möglichen Folgen einer Gewalteinwirkung auf lebenswichtige Funktionen mit der lapidaren Bemerkung reduziert, 'der Ausfall des Gesamtsystems ist unwahrscheinlich'". In der BRD gehe man davon aus, dass ein gesellschaftlicher Gesamtkollaps beim bestehenden Grad der Vernetzung von Produktion und Kommunikation, Versorgung und Entsorgung bereits durch die Lahmlegung eines Dienstleistungssystems herbeigeführt werden könne.

Beide Experten wiesen auch auf die unausbleiblichen Kollateralschäden militärischer Auseinandersetzungen in industriellen Ballungsräumen hin. Ausserdem wurde gefragt, wie man sich die Verlegung des Schlachtfeldes vorstellen solle und ob nicht zu bedenken wäre, prinzipiell das ganze gefährdete Gebiet eines modernen Industriestaates nach dem Grundsatz der "offenen Stadt" einer gewaltsamen Auseinandersetzung zu entziehen. Wenn anzunehmen sei, dass ein zivilisatorischer Kollaps bereits weit unterhalb der Operationsebene eines Krieges ausgelöst werden könnte, sich die Frage des Überlebens also nicht erst nach dem Eintreten des schlimmsten Falles, sondern bereits vorher stelle, dann müsse das Überleben vorbeugend eingeübt und die Verletzlichkeit der Schweiz weitaus schonungsloser als in dem Bericht analysiert werden. In diesem Zusammenhang seien die Ergebnisse der neueren internationalen Katastrophenforschung in die Überlegungen einzubeziehen.

Es scheint mir, dass eine ganze Reihe von Definitionen auftauchen, die etwas näherer Umschreibung bedürften.

M. Cottier.

La volonté de défense est la condition première de l'efficacité de toute politique de sécurité. Or, le rapport ne fait qu'effleurer cette question. Qu'est-ce que le Conseil fédéral envisage d'entreprendre en la matière?

Le premier élément de cette volonté de défense est la motivation des membres de l'armée. Or, la réduction des effectifs prévue va abaisser l'âge moyen des soldats. Le jeune soldat doit être motivé différemment que cela n'est le cas aujourd'hui, car il s'inspire d'autres idéaux.

L'importance que le Conseil fédéral accorde à la politique internationale est positive. La crise du Golfe est un exemple pertinent, qui souligne la nécessité de la coopération entre

Etats, en matière de sécurité et de paix. La neutralité reste une composante essentielle de cette stratégie. La crise du Golfe a également mis en évidence les lacunes en matière de commerce d'armes. Il est souhaitable que le Conseil fédéral s'exprime sur cette question avec plus de précision. La réduction des effectifs de notre armée se justifie. Selon une statistique de l'IISS de Londres, notre pays a une densité militaire particulièrement élevée (1 soldat pour 10 habitants) comparativement au monde libre et à l'Europe occidentale. Mais les moyens à disposition ne sauraient être réduits, du moins pas sensiblement : nos soldats pourront bénéficier d'une meilleure protection, d'un meilleur équipement et d'une meilleure instruction.

Iten: Ich möchte dem Bundesrat für den Bericht und Bundesrat Villiger für seine heutige Lagebeurteilung danken. Ich schätze die kluge und pragmatische Haltung sehr. Den Zürcher Beiträgen zu Sicherheitspolitik und Konfliktforschung ist zu entnehmen, dass der Bundesrat für diesen Bericht auch von internationalen Expertinnen und Experten sehr gute Noten bekommt. Es wurden zwar auch kritische Bemerkungen gemacht, aber der Bericht müsste nicht umgeschrieben werden. Wenn wir den Bericht als das nehmen, was er ist und was er sein will, verdient er gewiss gute Noten durch das Parlament. Er enthält eine Lagebeurteilung, zeigt langfristige Perspektiven auf und löst einen strategischen Denkprozess aus. Dieses Prozesshafte ist sehr wichtig und stellt eine begrüssenswerte Wende in der sicherheitspolitischen Fragestellung dar. Eine gewisse Ausweitung des Sicherheitsbegriffes ist sinnvoll. Eine Expertin wies allerdings darauf hin, dass dabei eine gewisse Dichotomie vorhanden sei, indem einerseits auf die Verteidigungspolitik rekurriert werde, andererseits aber auch der Schutz alles Werthafte gemeint sei. Ich glaube aber, dass die Einengung, die der Bericht vornimmt, nötig ist. Wie bereits erwähnt darf der Diskussion kein all zu offener Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt werden. Sicherheit ist ein philosophisch-anthropologischer Grundbegriff. Bei der Maslowschen Pyramide steht der Sicherheitsbegriff an der Basis allen Seelenlebens. So gesehen dient natürlich fast alles im Staat der Sicherheit. Ich habe bei der Vorbereitung dieser Sitzung Kants Schrift über den ewigen Frieden gelesen. Er sagt, man müsse, um Krieg zu verhindern und Frieden zu haben, die stehenden Heere abbauen. Wir haben eine Milizarmee, wir könnten in der internationalen Diskussion darauf hin wirken, diese Idee Kants von 1795 in die Realität umzusetzen. Kant wies auch darauf hin, dass jede Sicherheits- und Verteidigungspolitik in eine echte Demokratie eingebaut werden muss. Die Schweiz tut gut daran, zu ihrer Milizarmee zu stehen. Eine solche dient auch zur Strukturierung des gesamten Staatsrahmens. Wo dies nicht der Fall ist, entwickeln sich substaatliche Organisationen wie z. B. die Mafia.

(Zu Herrn Rhinow) Bezüglich der Europapolitik ist die Frage, ob Europa selbst weiss, was es sein will. Hat es schon begriffen, wie es mit Minderheiten umgehen muss? Verfügt es über historische Erfahrungen über die Dynamik von Regionen? - Diese Probleme müssen in der Europadiskussion auch berücksichtigt werden.

Wie wird der Bericht Schoch in die strategischen Überlegungen der Sicherheitspolitik einbezogen werden? Wie steht der Bundesrat zum Vorschlag eines ständigen Rates für Sicherheitspolitik?

Küchler: Wir haben uns in der Militärkommission verschiedentlich mit sicherheitspolitischen Fragen befasst und haben in den

letzten zwei Jahren immer wieder nach diesem Bericht gerufen, den wir als Grundlage der Weichenstellungen des EMD betrachten. Ich danke dem Bundesrat, dass er rasch gehandelt hat. Ich glaube, dass der Bericht eine geeignete Grundlage für die Diskussion über die Ausgestaltung unserer künftigen Sicherheitspolitik darstellt. Es ist richtig, dass sich der Bundesrat von der bisherigen Sicherheitspolitik und den bisherigen Berichten abgewendet hat, die von einem statischen Bedrohungsbild ausgingen, und nun zu einer offenen, dynamischen Gestaltung übergeht. Der Bericht hat sich auch bereits als tauglich erwiesen, indem wir ihn in der Folge des Golfkrieges nicht umzuschreiben brauchen. Das Denken in Szenarien hat sich bewährt.

Die Neutralität wird im Bericht als offene Frage dargestellt. Es ist wichtig, dass der Bundesrat diese Frage weiter ausleuchtet und uns entsprechende Berichte unterbreitet. Dies auch im Zusammenhang der künftigen Einbettung unserer nationalen Sicherheitspolitik in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Gibt es bereits konkrete Vorstellungen über ein solches System? Der Auftrag der Armee ist erweitert worden. Gleichzeitig spricht man von einer Reduktion der Armee. Ist dies nicht ein Widerspruch? Können wir es uns leisten, die Mittel der Armee einzufrieren? Anlässlich der letzten Sitzung der Militärkommission haben wir festgestellt, dass wir bezüglich der Mittel am untersten Limit angelangt sind.

Nachdem nun die Sicherheitspolitik in die Politik der allgemeinen Existenzsicherung eingebettet worden ist, müssen wir die strategische Führung anders, vor allem auch überdepartemental, ausgestalten. Sie erfordert den Aufbau eines strategischen Nachrichtendienstes. Gibt es dazu schon Vorstellungen? Wie steht es um ein "Gesamtverteidigungsdepartement"?

Dieser offen formulierte sicherheitspolitische Bericht bedarf einer periodischen Berichterstattung, bei der auch die Prioritäten neu gesetzt werden müssen. Die Motion der nationalrätlichen Kommission erübrigt sich eigentlich.

(Zu Frau Simmen) Beim Kriegsmaterialexport müssen wir sehr vorsichtig sein. Wenn wir auch in Zukunft in der Lage sein wollen, in der Schweiz die Waffen einigermaßen auf dem neusten Stand zu halten, dann müssen wir eine gewisse Rüstungsproduktion aufrechterhalten. Dazu muss die Industrie aber Gelegenheit zum Export haben.

Die im Bericht aufgelisteten offenen Fragen müssen rasch einer Lösung entgegengeführt werden. Die Sicherheitspolitik muss im Volk besser zum Tragen gebracht werden. Es braucht eine bessere Information des Volkes.

Ist eine überdepartementale Information bezüglich Sicherheitspolitik vorgesehen?

Onken: Gibt es zwischen der Diskussion in der nationalrätlichen Kommission und der unseren inhaltliche Unterschiede? Es fragt sich, ob bei einem solchen Geschäft, bei dem wir nur Kenntnis nehmen können, die Duplizität der Beratung sinnvoll ist.

Ich teile die positive Beurteilung meiner Vorredner weitgehend. Insbesondere die Analyse des Berichtes ist differenziert, problemorientiert und ganzheitlich. Meine Kritik setzt bei den darauf gestützten Wertungen und Folgerungen ein. Sie sind merkwürdig eng gefasst und halten sich an eine traditionalistische Sicht der Dinge. Sicherheitspolitik wird doch wieder gleichgesetzt mit militärischer Verteidigungspolitik. Die Gefahren werden in vier Szenarien ausgeführt, ohne sehr konkret dargestellt zu werden. Es fehlt eine umfassende, strategisch gewichtete Analyse. Letztlich werden keine Prioritäten gesetzt, und man schweigt sich auch über den beabsichtigten Mitteleinsatz aus.

Es wundert mich etwas, dass nicht die Diskussion in den Kommissionen und den Räten über den Bericht abgewartet wird, bevor man sich - an der morgigen Pressekonferenz - zu den neuen Funktionen der Armee äussert. Wird das Parlament überhaupt noch ernst genommen?

Das Stichwort Flexibilität ist mehrmals gefallen. Diese darf nicht mit Unverbindlichkeit und Unschärfe verwechselt werden. Die Szenarien könnten durchaus prägnanter gefasst sein, ohne dass die Flexibilität des Handelns verlorengehen würde. Vermutlich blieb man in verschiedenen Bereichen etwas unscharf, um sich die Handlungsfreiheit zu bewahren und um sich einen breiteren politischen Konsens über den Bericht zu sichern. Letztlich scheint mir der Bericht nach wie vor von einem sehr nationalstaatlich geprägten Ansatz auszugehen. Daraus ergeben sich dann Zielkonflikte. So ist der Aspekt der kollektiven Sicherheit zu wenig anschaulich und mit zu wenig Gewicht dargelegt. Das gleiche gilt für unser Verhältnis zu Europa. Es spielt keine Rolle, dass dieses Europa heute noch in vielem unvollständig und unvollkommen ist. Für die Sicherheitspolitik ergeben sich, je nach dem Weg, der beschritten wird, ganz unterschiedliche Forderungen, auch wenn man sich zur Zeit noch nicht festlegen kann. Auch bei der Frage des Waffenexportverbotes befinden wir uns, wie bereits gesagt wurde, in einem Zwiespalt. Ich möchte ebenfalls die Bedeutung unserer Aussenpolitik für die Sicherheitspolitik unterstreichen. Sie wird und muss in Zukunft eine ungleich grössere Bedeutung erlangen. Durch ein stabiles internationales Umfeld ist uns am besten gedient. Welchen Einfluss hat der Golfkrieg auf die Sicherheitspolitik der Schweiz? Hält man einen mitteleuropäischen Krieg mit konventionellen Waffen, in den die Schweiz unmittelbar einbezogen würde, noch für realistisch? Dies ist die Frage, die in der Bevölkerung umstritten ist, nicht die, ob es überhaupt noch jemals Krieg geben werde. Ein anderer Zweifel ist, ob, wenn es zu einem solchen Krieg käme, unsere Armee und Verteidigungspolitik in der Lage wären, uns zu schützen. Daran schliesst sich die Frage an, die im Bericht aufgeworfen, aber nicht ausgeführt wird, inwieweit das Vorhandensein einer Armee selber zu einem Risikofaktor wird.

Aus dem Bericht geht deutlich hervor, dass Sicherheitspolitik eine Querschnittsaufgabe ist. Welches sind die Organe, die sich damit befassen und über den Einsatz der Instrumente und Mittel entscheiden?

Man hat gesehen, dass die junge Generation auf den Golfkrieg ganz anders reagiert hat als die mittlere und ältere Generation. Im Bericht wird beklagt, dass der Selbstbehauptungswille der Schweiz nachlasse. Wie wird dieser Einstellungswandel wahrgenommen und wie kann er im Rahmen eines solchen Berichtes aufgefangen werden?

Wie geht es weiter, nachdem der Bericht beraten ist? Welche Relevanz hat er? Ist zu befürchten, dass Rüstungsvorhaben oder andere Entscheide unmittelbar auf diesen Bericht abgestützt werden?

Mme Jaggi.

Le rapport analyse le problème de la sécurité à un niveau et propose des réponses situées à un autre niveau. Il y a un déséquilibre entre l'analyse des dangers (voir le chapitre consacré aux dangers autres que politico-militaires) et la réponse essentiellement concentrée sur les moyens politico-militaires. L'approche globale que le système strictement

départemental du Conseil fédéral rend difficile, n'apparaît pas.

A défaut de fournir une réponse globale, le rapport donne l'impression d'être une justification *a posteriori* de la politique de sécurité suivie jusqu'à ce jour.

Quel est l'état des analyses fines des interactions ?

Rüesch: Ein sicherheitspolitischer Bericht kann heute nicht mehr auf Dauer ausgelegt werden. Sein Inhalt kann schon nach wenigen Wochen nicht mehr relevant sein. Deshalb ist es auch müssig zu kritisieren, gewisse Dinge seien darin nicht enthalten, z. B. bezüglich der Europapolitik. Sobald wesentliche Europa-Entscheidungen fallen und wir wissen, wie sich die europäische Sicherheitspolitik weiterentwickelt, wird der Bericht ohnehin angepasst werden. Es ist richtig, dass der Bundesrat davon ausgeht, dass geschichtliche Ereignisse oft plötzlich und unvorhergesehen kommen. Es müssen alle Szenarien weiterentwickelt werden. Es ist eine sträfliche Illusion, heute zu sagen, ein mitteleuropäischer Bruderkrieg sei ausgeschlossen. Immerhin haben gemäss dem CFE-Vertrag beide Seiten noch 20 000 Panzer, dazu kommen die Bestände der Russen hinter dem Ural. Johann Galtung, der bekannte Friedensforscher, hat anlässlich eines Referates das Szenario bürgerkriegsähnlicher Zustände in Westeuropa nicht ausgeschlossen. Falls eine Armee benötigt wird, kann diese nicht von einem Tag auf den anderen aus dem Boden gestampft werden. Aufgrund der Potentiale in Europa muss am Element der Sicherung des Landes gegen kriegerische Angriffe festgehalten werden.

Es ist richtig zu sagen, nicht jede Politik sei Sicherheitspolitik. Aber jeder Zweig der Politik kann plötzlich sicherheitspolitisch relevant werden. Vor allem dann, wenn man Fehler macht. So kann z. B. durch übertriebenen Datenschutz, d. h. durch den Zwang zur Offenlegung interner Informationen, der Staatsschutz lahmgelegt werden. Man kann nicht einerseits von vernetztem Denken sprechen und andererseits den Datenschutz so behandeln, als ob er mit Staatsschutz und Sicherheitspolitik nichts zu tun habe.

Sicher kann der Bericht nicht beantworten, ob die Mirage oder der F-18 beschafft werden sollte. Aber er muss die Frage grundsätzlich beantworten, ob überhaupt noch Flugzeuge beschafft werden sollen. Die Kritiker unserer Sicherheitspolitik sagen heute nicht nur, es gebe weit und breit keinen Feind mehr, sondern auch, wenn es einen gäbe, könnten wir unseren Industriestaat gar nicht mehr verteidigen. Dies sind nicht Fragen der Leitbilder, sondern der Sicherheitspolitik, also dieses Berichtes.

Das Pferd wurde am Schwanz aufgezümt, als zuerst verkündet wurde, die Armee der Zukunft werde noch 450 000 Mann umfassen, während der Auftrag erst nachher formuliert wurde. Man hätte umgekehrt zuerst den - erweiterten - Auftrag definieren und dann daraus die notwendigen Potentiale ableiten sollen. Vorzeitig ausgeschüttete Friedensdividenden zahlen sich nicht aus. Andererseits geht es zu lange, bis Blauhelmschützen realisiert sind. Die Luftschutztruppen sollten in Katastrophenschutztruppen umgetauft werden und mit dem Zivilschutz zusammenarbeiten, andererseits aber so organisiert sein, dass ganze Bataillone geschlossen im Ausland eingesetzt werden könnten. Dies wäre eine Chance, um auch den Jungen neue Aufgaben zu geben.

Unterbruch der Sitzung von 12.30 bis 13.45 Uhr
La séance est interrompue de 12 h 30 à 13 h 45

Danioth: Ich habe einen positiven Gesamteindruck von diesem Bericht. Ich möchte dem Bundesrat dafür danken, dass er damit in dieser Zeit des Umbruchs die politische Führung übernommen hat und Impulse setzt. Es geht nicht nur darum, jetzt von dem Bericht Kenntnis zu nehmen, sondern er muss in politische Aktivität umgesetzt werden. Der Bundesrat hat eine Gesamtanalyse der heutigen machtpolitischen Bedrohungslage vorgenommen. Er bietet auch Denkanstösse für die Ergänzung des Gesamtbedrohungsfeldes für den heutigen Menschen. Es sind auch andere als machtpolitische Bedrohungsfaktoren zu erwähnen. Der Satz von Seite 29 "Die Gefahren, deren Ursprung ausserhalb des machtpolitischen Bereichs liegen, stehen heute für viele im Vordergrund, während die Notwendigkeit von sicherheitspolitischen Anstrengungen im herkömmlichen Sinne nicht mehr durchwegs eingesehen werden" ist von besonderer Wichtigkeit. Auch auf Seite 13 wird gesagt, dass unsere Sicherheitspolitik mit allen existentiellen Gefährdungen zu tun habe. Bundesrat Villiger hat aber heute die Aufgabe der Sicherheitspolitik im herkömmlichen Sinn zu Recht wieder betont. Es sollten sich aber alle Bedrohungsszenarien um diesen Sicherheitsbericht herum gliedern.

Dass auch die Armee vermehrt Aufgaben im Rahmen der Friedenssicherung übernehmen soll, ist heute unbestritten. Die Erhöhung der weltweiten und europäischen Sicherheit bringt eo ipso auch mehr Sicherheit für unser Land. Die auf Seite 39 aufgeführten Aufgaben der Armee zur Friedensförderung gehen aber sehr weit und es fragt sich, ob die Armee damit nicht quantitativ und qualitativ überfordert ist. Wie verhalten sich die neuen, unbestrittenen Aufgaben der Armee zum traditionellen Kampfauftrag? Wann tritt der Verteidigungsfall ein? Was gilt es in der traditionellen Form zu verteidigen? Der Satz von Seite 40, dass jede Kriegspartei wissen solle, dass sie den schweizerischen Luftraum und das Territorium der Schweiz nicht benützen dürfe und dass sich die Schweiz gegen jede Angreifer verteidige, ist nicht mehr ganz glaubwürdig. Dieser Anwendungsfall wird abnehmen, er wird aber unterlaufen durch andere Gefahren. Steht die Armee noch im Zentrum unserer gesamten Sicherheitspolitik? Wird dem Volk gar etwas verschwiegen? Daran möchte ich die Frage anschliessen: Sind wir Schweizer überhaupt noch bereit, den Verteidigungsfall zu bejahen oder gehen wir davon aus, in Europa integriert zu sein? Ist Kämpfen im Notfall noch aktuell und notwendig, und wie steht es um die Disziplin in der Truppe, um die Opferbereitschaft des Volkes? Sind die Minderheiten bereit, Entscheide der Mehrheit zu akzeptieren? Wird die Sicherheit des Einzelnen nicht zu sehr verabsolutiert und über die Sicherheit der Gemeinschaft gestellt? Wird es soweit kommen, dass es zwei Teile der Armee geben wird: die Guten, die in der Welt als Blauhelme, als Organisatoren, als Schlichter und Friedensbringer auftreten, und die Bösen, die mit dem Stahlhelm auf dem Kopf die Dreckarbeit, den Kampfeinsatz leisten müssen? Wäre dies mit dem schweizerischen Milizsystem vereinbar? Müsste ein Soldat beides tun können? Diese Fragen sind nicht beantwortet, auch nicht durch den Bericht der Arbeitsgruppe Schoch.

Welches ist der Stellenwert der Armee im Katastropheneinsatz? Die jüngere Vergangenheit hat die Verletzlichkeit unserer Zivilisation gezeigt. Oftmals kommen wir - bei Naturereignissen - nicht ohne die Armee aus. Ist die Armee strukturell und organisatorisch in der Lage, bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und anderen Notlagen einzuspringen, wie es der Bericht verlangt?

Ich teile die Auffassung der meisten Votanten zur Neutralitätspolitik. Der Bericht ist in dieser Frage nicht ganz frei von Un-

sicherheiten und Widersprüchen. Der Bericht der Direktion für Völkerrecht vom März 1991 sieht die Neutralität im Rückblick zu negativ. Die nachfolgende Klärung ist aber unerlässlich. Es ist verfahrensökonomisch richtig, die Neutralitätsdebatte diesem Grundsatzbericht folgen zu lassen. Obschon die Neutralität einen hohen Stellenwert hat und sich in der Vergangenheit bewährt hat, ist sie nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, und muss überprüft werden.

Präsident: Ich bin sehr dankbar, dass dieser Bericht so rasch erschienen und als kompetent und vorausschauend beurteilt worden ist. Dadurch konnten Unsicherheiten, die bei gewissen Trägern der Gesamtverteidigung aufgekommen waren, in Grenzen gehalten werden. Der Bericht hat im Ausland eine weit bessere Aufnahme gefunden als bei unseren eigenen Medien. Heute morgen wurde die wichtige Frage nach dem Verhältnis von Bundesrat und Parlament aufgeworfen. Ich habe dazu im Bericht von 1973 folgenden Satz des Bundesrates gefunden: "Eine solche Konzeption, die in den politischen Gegebenheiten unseres Staatswesens verankert sein muss, kann nur der Bundesrat schaffen. Er hat sich dieser Aufgabe umso bereitwilliger unterzogen, als ihm auch von Seiten der eidgenössischen Räte eine Reihe entsprechender Anregungen zuzugingen." Im Vergleich zu unserer Diskussion lässt sich ein gewandeltes Rollenverständnis feststellen. Das Papier wird im Titel zu Recht als Bericht des Wandels bezeichnet. Als Grundidee wird auf Seite 13 festgehalten, es sei nichts nach wie vor Gültiges preiszugeben, kein Entscheid zu präjudizieren und nichts zu versäumen, was zu einer neuen, auch uns dienenden Sicherheitsordnung beitragen könnte. Ich teile die Vorstellung bezüglich des inneren und äusseren Wandels. Ich gehe auch davon aus, dass noch sehr grosse Potentiale bestehen. Was ein Staatsmann paraphiert, ist noch nicht gleich vollzogen. Die Potentiale müssen im Lichte der politischen Motivation und der Denkweisen gesehen werden. Neu an diesem Bericht ist, dass er eine ganzheitliche Strategie beinhaltet, die durch die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Golfkrieg bestätigt wurde. Strategie ist nicht mehr nur eine rein militärische Angelegenheit, sondern umfasst auch politische und wirtschaftliche (Embargo), psychologische, kommunikative und ökologische Elemente. Sie wird hier als solche umschrieben und dann ihrerseits noch in die allgemeine Existenzsicherung eingebettet. Ich betrachte dies als eine für unsere Zeit durchaus valable Antwort auf die Frage nach der Machtanwendung unter den Staaten. Ich habe die Kontroverse um Herrn Freymond über den Einbezug der nicht machtmässigen Bedrohungen miterlebt. Heute stehen wir auf dem Boden der - richtigen - Beschränkung der Sicherheitspolitik im eigentlichen Sinn auf die Abwehr der machtmässigen Bedrohungen durch machtmässige Mittel. Dabei ist es klar, dass diese Bedrohungen aus nicht machtmässigen Konstellationen entstehen. Das war aber schon immer so. Positiv ist die Berücksichtigung der europäischen Komponente. Auf der Traktandenliste der europäischen Union stehen Wirtschaft und Währung sowie Sicherheitspolitik. Es ist richtig, dass Überlegungen für einen schweizerischen Beitrag, in welcher Form auch immer, angestellt werden. Dies bedarf einer autochthonen Weiterentwicklung. Die kollektive Sicherheit im Rahmen der Uno ist im Bericht 73 keineswegs so klar dargestellt wie im vorliegenden Bericht. Die Erkenntnis ist gewachsen, dass die Aussenpolitik als Mittel der Sicherheitspolitik am Gewicht gewonnen hat.

Die Gliederung des Berichtes bezüglich der Strategie ist methodisch sehr sauber. Die geäusserten Bedenken, dass der Armeeauf-

trag nicht ohne direkten Bezug zu den vorhandenen resp. erforderlichen Mitteln formuliert werden dürfe, sind aber ernst zu nehmen. Andererseits geht es nicht an, einzelne Elemente der hier konzipierten Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung zu bejahen und andere zu verneinen. Sie müssen im Rahmen des vernetzten Denkens als Ganzes bejaht werden, was nicht ausschliesst, dass es Gewichtsverschiebungen geben kann. Es ist klar, dass es sich um Langzeitaufgaben handelt. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Kapitel der strategischen Führung, die in unserem Staatswesen besondere Sorgen verursacht. Die Aufträge aus dem Jahre 1973 sind wohl kaum fertig erfüllt. Ich gehe davon aus, dass es ordentliche und ausserordentliche Fälle gibt. In Weiterführung jener Überlegungen gilt für mich, dass es Bedrohungssituationen gibt, in denen dem Bundesrat die weiteren Entscheide vorbehalten sind, d. h. wenn die Bedrohung zu einer Vernichtung des Landes führen könnte. Ich begrüsse den Teil des Berichtes über die offenen Fragen. Es tut dem Bericht gut, dass Fragen, die unweigerlich kommen werden, bereits umrissen sind. Die Neutralität hat einen derartigen politischen Stellenwert, dass man damit vorsichtig umgehen muss. Der Bundesrat hat während des Golfkrieges richtig gehandelt. Ich teile die Meinung, dass es aufgrund des Neutralitätsstatutes eine völkerrechtliche Verpflichtung gibt, der wir uns nicht entziehen können, ohne die Neutralität aufzugeben. Andererseits gibt das Neutralitätsrecht uns entsprechenden Spielraum. Eine nur aussenpolitisch abgestützte Begründung unserer Neutralität greift zu kurz. Die Neutralität hat in der Schweiz seit jeher auch eine innenpolitische Komponente. Sie hat im Zusammenhang mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und den guten Diensten, die wir leisten, spezielle Dimensionen. Zur Zeit wird viel über das ethische Verhalten in Auseinandersetzungen spekuliert. Es ist eine ethische Haltung, sich aus Auseinandersetzungen Anderer bewusst herauszuhalten. Die Neutralität hat seit dem Defensio-nale von Wil eine derartige Wandlungsfähigkeit bewiesen, dass heute nicht der Zeitpunkt gekommen ist, sie über Bord zu werfen. Ich glaube, dass die strategischen Fälle mit der Zeit als didaktisches Mittel doch wieder irgendwie eingeführt werden müssen, damit grosse Übungen durchführbar sind. Ich hoffe, dass der Bericht eine weite Verbreitung erfährt.

Bundesrat Villiger: Ich danke Ihnen für diese konstruktive Diskussion und die positive Aufnahme des Berichtes. Ich verstehe Ihre kritischen Anmerkungen als Teilnahme an einem gemeinsamen Denkprozess. Es ist klar, dass es zu der vorhandenen Problematik verschiedene Meinungen gibt. Auch wir haben intern sehr ausführlich diskutiert und verschiedene Haltungen geprüft. Dies kam hier, wie auch im Nationalrat, wieder zum Vorschein. (Zu Herrn Jagmetti) Zum Stellenwert dieses Berichtes: Es ist ein Bericht des Bundesrates, der damit seine Haltung zu diesen Fragen definiert. Auch wenn Sie eine andere Meinung dazu haben, so bleibt es trotzdem die Haltung des Bundesrates. Es ist für die Öffentlichkeit sicher von Interesse zu wissen, was der Bundesrat zu diesen Fragen denkt. Aber seine Haltung ist nicht heilig. Sie werden aufgrund dieses Berichtes Vorlagen bekommen, über die Sie befinden werden können. Der Bericht könnte auch zurückgewiesen werden. Wenn Sie ihn zur Kenntnis nehmen, so wird sicher nicht das geschehen, was mit dem Bericht 73 geschehen ist, d. h. dass einzelne Ziffern plötzlich Verfassungs- und Gesetzesrang bekommen. Wir werden die Diskussion, die stattgefunden hat, auswerten. Zudem können Sie den Bericht mit

Motionen und Postulaten begleiten, wenn Sie Akzente setzen wollen; z. B. könnte verlangt werden, dass der Auftrag der Armee anders definiert werden soll. Ich habe mir sogar überlegt, ob man den Auftrag der Armee in Gesetzesform bei der MO-Reorganisation einbringen könnte, damit er breit abgestützt wäre. Wenn die Diskussion nicht einen einhelligen Trend in eine ganz andere Richtung ergibt, wird sich der Bundesrat bestätigt fühlen, die konkreten Vorlagen in der Stossrichtung des Berichtes anzulegen. Die Diskussion ist uns wichtig und wertvoll, auch dort, wo sie zustimmend ist, und sie wird den Gang der Dinge beeinflussen.

Die Frage von Herrn Jagmetti ist schwierig. In grossen Ländern stellt man fest, dass dort Aussenpolitik u. ä. eher weniger dem Parlament übergeben wird. Der amerikanische Präsident macht die Aussenpolitik praktisch selber. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich etwas Zweifel habe, ob ein Parlament Aussenpolitik betreiben kann. Es kann Impulse geben und kritisieren, aber es ist ein heterogenes Gebilde, das per definitionem nicht führen kann. Es kontrolliert die Führung. Das staatsleitende Organ ist der Bundesrat. Wir wollen aber unser Regierungsgebaren an Ihnen reflektieren. Wie Sie in der Aussenpolitik vermehrt Einfluss nehmen können und wollen, ist Sache der Kommissionen. Ich verfolge diese Diskussion natürlich mit Interesse. Ich meine aber, dass gerade in einem schwierigen und sich rasch wandelnden Umfeld die Regierung ohne breite Diskussion handeln können muss. Für die Frage der Überflüge der Amerikaner konnte nicht zuerst im Parlament eine Neutralitätsdebatte geführt werden.

Für uns ist diese Diskussion auch wichtig, um für Armee 95 und alles, was wir zu tun beabsichtigen, den politischen Puls fühlen können. Wir bildeten uns ein, mit diesem Bericht zumindest streckenweise im Volke wieder einen sicherheitspolitischen Konsens zu finden. Diese Hoffnung habe ich aber weitgehend verloren, nicht zuletzt seit den letzten Pressekonferenzen, auch derjenigen der Sozialdemokraten. Dies betrifft vielleicht nicht die Grundstrategie, aber dass es bei der Mittelverteilung einen Konsens geben könnte, glaube ich nicht mehr. Die Konzepte werden gegeneinander abgewogen werden und die zu gehende Richtung wird durch Abstimmung im Parlament entschieden werden müssen. Vielleicht ist es nicht unverständlich, dass es schwieriger ist als letztes Mal. Im Kalten Krieg waren die Fronten, im Weltkrieg die Bedrohung klarer, so dass eher Einigkeit über den einzuschlagenden Kurs erreicht werden konnte. Dass wir einen möglichst breiten Konsens gesucht haben, wird auch von Kritikern anerkannt.

(Zu Herrn Rhinow) Die Frage, ob der Bericht eine Auslegeordnung oder Führung sei, und die Frage der Gewichtung beschäftigt viele. Manche verlangen bei den Finanzplänen einschneidende Kürzungen, um das freiwerdende Geld z. B. für Entwicklungs- oder Osthilfe verwenden zu können. Ich teile die Meinung, dass die Sicherheitspolitik alle diese Gebiete umfasst. Aber die Konsequenzen sind je nach Gebiet von unterschiedlicher Art. Eine Armee kann nicht unter eine gewisse Schwelle zurückgeschraubt werden, ohne unglaubwürdig zu werden. Wenn das Militärbudget halbiert werden soll, dann kann die Armee auch gerade ganz aufgegeben werden. Sie kann zwar eine Art Bürgerwehr bleiben oder sich mit Migrationsproblemen und Naturkatastrophen befassen, aber eine Abhaltwirkung hat sie nicht mehr, d. h. sie kann ihren Hauptauftrag der Verteidigungsfähigkeit nicht mehr erfüllen. Die Armee ganz aufzugeben, würde ich für fahrlässig halten. Ob hingegen bei der Osthilfe oder nach Afrika 500 Mio Franken mehr oder weniger gegeben werden, hat auf die gesamte

Weltlage nur einen bescheidenen Einfluss. Um es mit einem Beispiel zu sagen: Wir können nicht auf den Ankauf sämtlicher Pneu-ladeschaulen, Motorsägen und anderer Geräte, die bei Überschwemmungen und Waldschäden helfen, verzichten, weil wir das gleiche Geld an den CO2-Fonds der Uno einzahlen, der das CO2-Problem lösen und damit die Ursache der Überschwemmungen beseitigen soll. Wenn wir keine Armee mehr haben und dann trotzdem etwas kommt, haben wir völlig versagt, während die Höhe unserer Beiträge an die Dritte Welt praktisch keinen Einfluss z. B. auf die Migration hat. Beide Investitionen sind gleich wichtig, aber letzteres ist eine kollektive Aufgabe aller reichen Länder und enthebt uns nicht der Aufgabe, bei uns für Ereignisse gewappnet zu sein. Gewisse Dinge können nicht gegeneinander abgewogen werden, so kann man nicht sagen, man kaufe drei Panzer weniger und mache dafür etwas mehr bei der AHV. Aber der Bundesrat setzt in seinen Finanzplänen Zeichen. So haben wir die Rüstungsausgaben für vier Jahre eingefroren. Damit wurde um fast einen Viertel reduziert. Andererseits wurden anderen Bereichen zusätzliche Wachstumsraten gegeben. So wird relativ gesehen sehr viel weniger in dieses traditionelle Instrument der Sicherheitspolitik investiert, obschon die Technizität etc. Mehrausgaben erfordern würde. Wenn noch deutlichere Zeichen gefordert werden, so stellt sich die Frage, ob dann die Armee überhaupt noch glaubwürdig wäre, sehr dringend.

Zum Gegensatz von Unabhängigkeitswille und internationaler Bindung: Wir haben uns lange überlegt, ob der Ausdruck "Wille zur Unabhängigkeit" noch modern sei. In der Bundesverfassung steht er noch. Wir müssen aber sehen, dass eine Unabhängigkeit im engsten Wortsinne schon längst nicht mehr gegeben ist. Es gab sie auch während des Zweiten Weltkrieges nicht. Neben der Unabhängigkeit gibt es aber auch noch die Souveränität, was nicht genau das gleiche ist, da damit die Handlungsfähigkeit gemeint ist. Diese muss möglichst erhalten bleiben, aber im Wissen darum, dass es Begrenzungen gibt.

Die Reihenfolge der Aufgaben der Armee (Friedensförderung/Verteidigung/Existenzsicherung) ist nicht eine Prioritätenliste, sondern es handelt sich lediglich um die gleiche Reihenfolge, wie wir sie vorne bei der sicherheitspolitischen Strategie haben. Wir wollten den logischen Ablauf beibehalten, aber im Wissen, dass der Auftrag Friedensförderung der Armee im Rahmen des gesamten sicherheitspolitischen Auftrages, der von der Aussenpolitik dominiert ist, nur ein relativ bescheidener ist. Bei der zweiten sicherheitspolitischen Säule "gewappnet sein für Risiken" hat die Armee hingegen relativ grosses Gewicht. Beim Armeeleitbild werden wir es anders, d. h. nach Prioritäten, gruppieren. Der erste und Hauptauftrag wird die Verteidigung sein. Friedensförderung wird an zweiter und Katastrophenhilfe an dritter Stelle stehen. Es geht nicht darum, in dieser Zeit des Zweifels an der Verteidigungsfähigkeit künstlich zusätzliche Aufgaben zu schaffen, um die Armee populärer zu machen. Wir müssen zum Hauptauftrag der Armee stehen.

(Zu Frau Simmen) Im Golfkrieg entstand nicht aus einem ökologischen ein machtpolitisches Problem, sondern umgekehrt setzte Saddam Hussein ganz bewusst die ökologische Waffe ein. Dies wurde auch schon früher mit der Politik der "verbrannten Erde" gemacht. Mir fiel übrigens auf, dass Greenpeace sich darüber viel weniger aufregte als über andere Dinge. Ursachen können also vernetzt sein, aber bei den Massnahmen und den Politikbereichen müssen wir sauber denken.

Die Frage des Kriegsmaterialexportes ist eine Gratwanderung. Es ist bereits zu Recht gesagt worden, Kriegsmaterialexporte seien unabdingbar, wenn eine Infrastruktur für eigene Rüstungsproduk-

tion einigermaßen erhalten werden soll. Umgekehrt sind die moralischen Gründe, die dafür sprechen, nicht alles zu tun, was möglich wäre, genau so gültig. Wir können unsere eigenen moralischen Ansprüche, die wir international haben, durch eine zu milde Exportpolitik unterlaufen. Es trifft zu, dass der Golfkonflikt ein Problem des Waffenexportes war, aber kein schweizerisches. Den grössten Anteil hatten die Franzosen und die Russen. Die Schweiz hat seit 1955 nichts mehr geliefert. Wenn an der Sache mit der Kanone und Von Roll etwas dran ist, dann ist es eindeutig eine Gesetzesumgehung, also ein krimineller Tatbestand. In anderen Bereichen, z. B. der Chemie, ist nicht festgestellt worden, dass die Schweiz signifikant beteiligt gewesen wäre, allenfalls durch Know-how über Firmen, die speziell dazu gegründet wurden. Wir sind die Letzten, die ein schlechtes Gewissen haben müssten, und ich wehre mich dagegen, dass in der öffentlichen Diskussion die Schweiz als die schlimmste Verursacherin dieses Krieges hingestellt wird. Das ist Verhältnisblödsinn. Dass dieses Problem besteht, haben wir schon vor Ausbruch des Golfkrieges gemerkt. Deshalb haben wir die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Kontrolle von Know-how usw. im Bereich von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen an die Hand genommen. Wir müssen aufpassen, dass die Schweiz für solche Dinge nicht ein Umgehungsland wird. Aber umgekehrt darf daraus auch nicht ein totales Exportbremsungsgesetz werden. Es bestehen schwierige Abgrenzungsprobleme. Die Deutschen haben in dieser Frage sehr rasch gehandelt, aber sie haben grosse Probleme beim Vollzug. Das Gesetz wurde von einer Arbeitsgruppe des EMD entworfen, wird aber jetzt ins EVD gehen, weil dort schon Erfahrungen mit den Cocom-Exportvorschriften der Amerikaner (Technologie an Ostländer) bestehen. Es ist nicht möglich, Milliarden von Franken von der Armee in andere Bereiche umzulagern, weil die Armee sonst ihren Auftrag nicht mehr ausführen kann.

(Zu Herrn Jagmetti) Die Frage der gestaltenden Rolle des Parlamentes reicht über diesen Bericht hinaus. Wir empfinden Ihre konstruktiven Beiträge hier als Mitgestaltung. Wir hätten auch anders vorgehen können und Ihnen einfach 1993 eine Botschaft für eine neue Armee auf das Pult werfen können. Ich glaube aber, dass es auch in Ihrem Interesse ist, früh genug über die Gesamtschau orientiert zu werden, auch wenn Sie an diesem Bericht jetzt nichts mehr verändern können. Dadurch sind Sie vorbereitet auf das, was dann kommen wird. Wenn Sie etwas verändern wollen, werden wir sicher darauf eingehen können. Wovon die Armee uns schützen soll, haben wir definiert. Der Begriff "machtpolitisch" kann durch "Anwendung von Gewalt durch Menschen in den verschiedenen Formen, wenn sie ein gewisses Niveau überschreitet" umschrieben werden. Das ist natürlich vernetzt. Wir sind der Meinung, dass auch Migration darunter fallen könnte. Wobei unsere Mittel, die wir einsetzen könnten, z. B. die Armee, nur Krücken sind, die das Problem niemals an der Wurzel fassen. Heute wird der Einsatz der Armee kritisiert (der Bundesrat hat noch nichts beschlossen), aber wenn an einem Tag 15 000 Flüchtlinge kommen, wird es im Volk ganz anders tönen, als wenn es 20 sind. Für solche Fälle haben wir kein anderes Instrument, um die Ordnung aufrechterhalten zu können. Ich selber bin über diesen Armeeauftrag überhaupt nicht glücklich. Aber wir dürfen uns der Tatsache nicht verschliessen, dass eine Armee vorhanden ist, die helfen könnte, wenn Not am Mann ist. Im Terrorbereich kann die Armee nicht Aufgaben der Polizei übernehmen, aber sie kann z. B. gewisse sensible Objekte schützen, wenn die Spannung steigt. Sie kann auch Konfe-

renzen und Flughäfen schützen. Es geht aber sicher nicht darum, innerhalb der Armee eine Supertruppe aufzubauen.

(Zu Herrn Cavadini) Wir haben uns überlegt, wieviel wir in dem Bericht über die innenpolitische Situation, z. B. über die Jugend, sagen wollen. Wir kamen zum Schluss, dass es nicht Sache der Regierung sei, zu beurteilen, wer im Volk was denkt und ob der Wertewandel gut oder schlecht sei. Wir haben es einfach ein Stück weit diagnostiziert. Ich bin der Meinung, dass wir in der Schweiz schon mehrmals solche Auseinandersetzungen hatten. Wenn aber eine Bedrohung virulent wurde, stand das Land wieder zusammen. In Biertischgesprächen kommen solche Reflexe im Zusammenhang mit den Europaverhandlungen oder mit dem neuen Deutschland schon wieder hoch. Wenn die Schweiz militärisch bedroht würde, würde es gehen wie damals mit Nationalrat Weber, der wieder seinen Karabiner fasste, als die Nazis ans Ruder kamen. Wir stehen also vor der Aufgabe, die Armee und ihre Mittel unbehelligt durch eine Phase zu bringen, wo sie umstrittener ist als auch schon. Wenn ich die Tagebücher von Karl Scheurer lese, einem Amtsvorgänger von mir, der 1920 bis 1929 das EMD führte, dem man bei jeder Budgetbehandlung etwa 15 Prozent abstrich, so scheint mir, dass er es noch fast schwieriger hatte, als wir es heute haben. Bei den Abstimmungen ergaben sich, wenn er Erfolg hatte, die gleiche 2/3- zu 1/3-Verhältnisse wie heute. Das alles ist nicht neu. Deshalb hat mich diese Frage nicht zu sehr bewegt.

Ich war angenehm überrascht, dass der Bericht nach dem Golfkrieg noch Gültigkeit hatte. Herr Onken kritisierte, er sei zu wenig konkret. In ersten Entwürfen waren noch sehr detaillierte Aussagen über die Lage im Osten vorhanden. Diese waren aber so zeitgebunden, dass sie ein halbes Jahr später falsch gewesen wären. Das wollten wir vermeiden. Deshalb haben wir die Szenarien in einem gewissen Abstraktionsgrad gehalten. Sie sind vielleicht nicht sehr anschaulich, aber es geht nur darum zu visualisieren, welche Strategie in einem bewegten Umfeld gegangen werden soll.

(Zu Herrn Bühler) Wir leben in einem Zeitalter der Computerprognosen. Als ich einmal einen hohen Experten des IBM-Konzerns, einen genialen Mathematiker, fragte, ob die Prognosen denn zuträfen, sagte er: "Wissen Sie, hier liegt das Problem eigentlich nicht." Der Mensch ist letztlich unberechenbar. Man weiss immer erst nachträglich, warum die Dinge so kommen mussten. Es ist der grösste Fehler der Sicherheitspolitik, sich auf Gewissheiten zu verlassen, z. B. darauf, dass etwas nie mehr kommen werde.

Die Leitbilder sind notwendig. Wir werden für die Armee ein detailliertes Leitbild machen, wobei wir - wenn nichts anderes verlangt wird - vom Auftrag dieses Berichtes ausgehen werden. Daraus werden wir die Doktrin ableiten. Wir werden die militärische Bedrohung etwas konkreter und mit den Potentialen (Waffensysteme etc.) zeigen und daraus Struktur und Ausbildung unserer Armee ableiten. Es wird ein umfängliches Papier über die Zukunft der Armee geben. Das gleiche wird für den Zivilschutz kommen. Für die Aussenpolitik ist ein Bericht angefordert worden, der diese als Ganzes darlegen soll. Die Aussenpolitik ist nicht nur Sicherheitspolitik, aber ein wichtiger Teil davon ist es. In jeder Botschaft über die Rahmenkredite für die Entwicklungshilfe und die Osthilfe gibt es grundlegende Bemerkungen zur Sicherheitspolitik. Diese Bereiche eignen sich nicht für ein fertiges Leitbild. In der Aussenpolitik kann rascher auf neue Situationen reagiert werden als mit einer Armee. Verteidigungsfähigkeit gehört zur Friedensförderung. Stabile, berechenbare Räume sind ein Element der Stabilität auf einem

Kontinent. Wir Schweizer wollen hier einen Beitrag leisten. Verfügte z. B. Ungarn über eine stabile Verteidigungsfähigkeit, wäre die Sicherheit in jenem Raume grösser.

(Zu Herrn Gadiant) Es gibt keinen Bereich der Politik ohne Grauzonen, d. h. ohne eine gewisse Verschwommenheit. Die Definitionen sind nie ganz präzise, es sind eher Denkhilfen. Es wird gesagt, die Verwundbarkeit der Industriegesellschaft sei so hoch, dass bei einem Angriff ohnehin alles zusammenbrechen werde und man deshalb die Grenzen besser einfach aufmache. Ich halte diese Philosophie für schlecht. Ein Element der Dissuasion besteht darin, jedem zu verstehen zu geben, dass, wenn er kommt, vielleicht alles kaputt sein wird. Das bedeutet, dass wir den Mut haben müssen, etwas kaputt gehen zu lassen. Dadurch erhöht sich aber die Chance, dass der Gegner gar nicht kommt. Der Satz, dass der Bundesrat, wenn Vernichtung droht, andere Entscheide treffen kann, findet sich schon im Bericht 73. Es handelt sich um eine Art Notbremse. Aber das darf nicht bei der ersten Drohung geschehen, sonst fällt die Dissuasion zusammen. Eine gewisse Bereitschaft, etwas zerstören zu lassen, ist nötig, damit die Abhaltewirkung besteht. Zudem analysieren wir alle sensiblen Elemente, da wir mit einer kleineren Armee nicht mehr alles schützen können. Wir müssen uns auf die lebenswichtigen Punkte beschränken.

Die Frage der Kollateralschäden, d. h. dass die Armee selber mehr zerstört als sie nützt, ist erst in jüngerer Zeit aktuell geworden. In Deutschland wird dies bei der Waffenbeschaffung schon berücksichtigt. Der Golfkrieg hat gezeigt, dass es präzise Waffen gibt. Die Kollateralschäden im Irak sind im Vergleich etwa zu Dresden nicht sehr hoch und nicht nur dem Militär anzulasten. Es fehlt auch an Medikamenten. Zudem richtet die Regierung selber im Land grosse Schäden an. Ein moderner Krieg kann - mit allen Vorbehalten dem Wort gegenüber - "sauber" sein.

(Zu Herrn Cottier) Der Verteidigungswille lässt sich nicht verordnen. Psychologische Studien haben gezeigt, dass es für den Militärdienst zwei unterschiedliche Motivationen gibt: die Dienstmotivation und die Wehrmotivation. Bei letzterer handelt es sich um den Willen, das Vaterland notfalls mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Sie hängt vom Elternhaus, der Schule, dem sicherheitspolitischen Umfeld, dem Arbeitgeber, der Freundin usw. ab. Das können wir in der Rekrutenschule nicht mehr nachholen. Wir haben den Eindruck, dass die Wehrmotivation durch den Golfkrieg eher wieder besser geworden ist. Ich höre aus den Rekrutenschulen, dass die Jungen wieder sagen, es brauche diskussionslos eine Armee. Das kann aber wieder abflauen. Die Dienstmotivation hingegen ist die Motivation, den Job, wenn es schon sein muss, eben zu tun. Sie ist nicht so schlecht, wie man häufig sagt. Sie hängt sehr stark vom Vorgesetzten, von der Ausbildung, der Waffe ab. Beim Leopard haben wir, im Gegensatz zu einer alten Kanone oder einem Infanteristen, kein Motivationsproblem. Mit guter Ausbildung kann einiges verbessert werden.

Es trifft wahrscheinlich zu, dass die älteren Jahrgänge besser als die jüngeren motiviert sind. Es ist interessant festzustellen, dass das Durchschnittsalter der amerikanischen Soldaten in Vietnam zwischen 19 und 20 Jahren lag, während es im Golf 27 Jahre betrug. Dadurch, dass wir nur noch eine einzige Heeresklasse haben werden, die von 20 bis 42 Jahren geht, und da wir die Dienstleistungen bis 40 verteilen, wird die Altersdurchmischung eher besser, als wir sie heute im Auszug haben. Wer noch den Auszug bis 36 erlebte, weiss, dass es eher besser war als später mit 32. Die Verjüngung der Armee wird diesbezüglich

keine Verschlechterung mit sich bringen. Ein Problem wäre es mit der "Bodenmann'schen Blasrohrarmee", die nur bis 26 gehen würde.

Zm Waffenexport möchte ich noch sagen, dass wir natürlich bereit sind, bei internationalen Bestrebungen mitzumachen. Es wäre sinnvoll, wenn alle Industrieländer eine koordinierte, harmonisierte Waffenexportpolitik hätten. Wir als kleines Land mit unserem kleinen Binnenmarkt sind in einer schlechteren Lage als die grossen Blöcke, die einen grossen Eigenbedarf haben und ihre Industrie selber beschäftigen können. Zudem sind diese Länder sehr protektionistisch. Bührle und andere müssen deshalb immer mehr in Länder der Dritten Welt ausweichen, was problematisch sein kann. Weil wir sehen, dass das Waffenausfuhrgesetz in der Handhabung nicht einfach ist, muss man sich überlegen, ob es revidiert werden sollte. Zu dieser Frage besteht eine Arbeitsgruppe. Der Auftrag zu der Überprüfung kam von der GPK. Die Armeebestände und die Dichte sind bei uns in der Tat höher als anderswo. Ich könnte mir vorstellen, dass man auch mit einer Armee von 200 000 Mann den Auftrag in der Schweiz erfüllen könnte. Aber dies verlangte Investitionen für die Mechanisierung, die wir uns gar nicht leisten könnten. Andererseits ist die grosse Armee, die wir jetzt haben, im Mobilmachungsfall wirtschaftlich nicht mehr tragbar. Es ist nicht möglich, 800 000 Leute mobilisieren zu lassen. Wir haben deshalb den Mittelweg einer modern ausgerüsteten Infanteriearmee gesucht. Wir glauben, dass mit einem Bestand von 400 000 und den vorhandenen Mitteln - die aber nicht noch mehr gekürzt werden dürfen - der Auftrag erfüllt werden kann. Es gibt keine mathematische Kennzahl über die notwendige Dichte. Diese hängt z. B. vom Gelände und den festen Einrichtungen ab. Der schweizerische Bestand darf nicht mit den 370 000 deutschen Soldaten verglichen werden, die hochmodern ausgerüstet sein werden und sehr viel können werden. Die deutsche Armee wird wahrscheinlich vier- bis fünfmal teurer als die unsrige sein. Es handelt sich dabei um Leute, die ein Jahr im Dienst sind und nachher entlassen werden. Wenn Deutschland eine grössere Armee möchte, könnten einfach mehrere Jahrgänge - die bereits ausgebildet wären - zusammengekommen werden. Zudem gibt es noch die Reservearmee, deren Zahl zur Zeit noch über eine Million beträgt. Bei uns hingegen ist das ganze Potential in der Armee eingeteilt.

(Zu Herrn Iten) Wir möchten beim Milizprinzip bleiben. Es ist wichtig, dass sich keine militärische Kaste bilden kann und dass die Armee im Volke verankert ist. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, dass man möchte, dass eine Berufsarmee die Dreckarbeit macht.

Wir haben im Bundesrat über die Frage eines Sicherheitsrates diskutiert. Der Bundesrat ist von diesem Vorschlag nicht sehr angetan. Meiner Meinung nach leiden wir eher an zu viel als an zu wenig Gremien. Je mehr Gremien es gibt, um so mehr fühlt sich das einzelne Gremium zu wenig angehört. Jedes macht natürlich gerne seine jährliche Pressekonferenz, um seine Ideen vorzustellen und den Bundesrat zu kritisieren. Wir werden die Frage aber trotzdem noch einmal überprüfen müssen, weil dies ein Vorstoss der nationalrätlichen Kommission bezüglich der vernetzten Analyse, in der der Sicherheitsrat ein Element wäre, verlangt. Wir haben bereits geschrieben, dass für die Vorwarnung das vorhandene Geistespotential in der Schweiz besser genutzt werden sollte. Ob das dann ein Sicherheitsrat sein wird, ist noch offen. Eher nicht. Ich weiss, dass Professor Freymond ein Fan des Sicherheitsrates ist. Grosse Länder haben einen Sicherheitsrat. Ich habe in meinen zwei Amtsjahren kein Gebiet

gefunden, in dem wir mit einem Sicherheitsrat besser dran gewesen wären als ohne.

(Zu Herrn Kuchler) Über die Frage des gesamteuropäischen Sicherheitssystems kann Frau von Grünigen orientieren. Ich glaube, die Frage ist noch nicht reif; sie wird aber sehr eifrig diskutiert, auch in den Kreisen der Verteidigungsminister. Bis jetzt funktioniert die Nato am besten. Wenn Herr Onken verlangt, dass die Frage der Einbindung in ein Sicherheitssystem etwas mutiger geprüft werde, meint er wohl nicht unbedingt die Nato. Sobald es etwas konkreter wird, sind die Meinungen sehr geteilt. Ich glaube, dass ein zukünftiges Sicherheitssystem in Europa immer auf Armeen beruhen wird, die allenfalls etwas anders aussehen werden. Es gibt schon heute eine gewisse Spezialisierung, so verfügt Belgien über 140 Jagdflugzeuge modernsten Typs, die praktisch nur Nato-Einsätze machen. Bleiben wird aber sicher die Territorialverteidigung. Katastrophenhilfe, das Schützen von sensiblen Objekten usw. wird nie von einer anderen Armee übernommen werden. Die Territorialkruste nach Armee 95 würde also nützlich bleiben, auch wenn wir uns irgendwo eingliedern würden. Die mechanisierten Brigaden und die Jagdflugzeuge könnten - mit etwas mehr Logistik - für Europa ausserhalb der Schweiz eingesetzt werden. Sofern man dies will. Denkbar wären Freiwilligeneinheiten oder eine Professionalisierung. Mir ist es lieber, wir verfügen über drei moderne eigene Staffeln, wovon vielleicht zwei für Europa eingesetzt werden. Für einen Oberkommandierenden Europa sind Amsterdam und Frankfurt vielleicht einmal wichtiger als Zürich. Es wäre nicht mehr korrigierbar, wenn wir heute etwas täten, was unsere eigene Verteidigung nicht mehr gewährleisten würde, wir aber in zwanzig Jahren feststellen müssten, dass wir uns trotzdem selber schützen müssen. Deshalb: nichts versäumen, nichts präjudizieren und das Bewährte nicht über Bord werfen.

Wir glauben und werden es Ihnen zu beweisen versuchen, dass wir mit der neuen Armee und reduzierten Beständen den Auftrag erfüllen können. Sofern der Teuerungsausgleich irgendwann einmal wieder kommt. Diejenigen, die ich als die unverbesserlichen Hardliner der Armee ansehe, die also das Heer auf eine Million aufstocken oder noch viel mehr Panzer haben möchten, gehen insofern an der Realität vorbei, als sie in ihrem Denken immer noch eine Mischung von zweitem Weltkrieg und Kaltem Krieg haben. Es ist eine Tatsache, dass die Armeen um uns herum kleiner werden. Der Warschauerpakt existiert wirklich nicht mehr. Der grosse Ost-West-Stoss auf breiter Front ist nicht mehr möglich. Wir haben deutlich gesagt, dass die Eroberung der Schweiz als Ziel an sich durch eine grosse Macht (wie es dem Irak passiert ist) derart unwahrscheinlich ist, dass es übersetzt wäre, sich darauf vorzubereiten. Es ist vertretbar, in diesem Bereich relativ etwas nachzulassen, denn die anderen tun es auch. Aber wir dürfen es nicht so tun, dass wir im Vergleich zur Umgebung geschwächt werden. Wir wollen kein Vakuum sein. Aber ob wir dies sind, hängt auch von der Dichte unserer Umgebung ab. Wir glauben, dass das, was wir tun, vertretbar ist. Wir wehren uns dagegen, die Bestände noch weiter zu verdünnen, aber der Ruf nach Aufstockung ist auch falsch. Zudem sind die modernen Waffen teurer. Der Vergleich mit der Budgetentwicklung der Amerikaner und der Deutschen wird zeigen, dass ein Ausbau in der Schweiz, der vielleicht von gewissen Waffensystemen her denkbar wäre, politisch nicht realisierbar ist. Aber wir müssen mit den Grössen arbeiten, die Sie uns zugestehen. Ich bin schon sehr glücklich, wenn Sie uns draussen wenigstens das verteidigen, was wir zu glauben brauchen.

(Zu Herrn Onken) Auch in der nationalrätlichen Kommission lobte die SP die Analyse des Berichtes, war aber - um es etwas überspitzt zu sagen - sehr enttäuscht, dass es die Armee noch gibt. Ich war mir von Anfang an bewusst, dass in dieser Frage die Meinungen auseinander gehen würden. Wir schweigen uns über den Mitteleinsatz nicht aus. Es sind die Gewichtungen in den Finanzplänen. Die Armee braucht einen bestimmten Mindeststandart, um glaubwürdig zu bleiben. Wenn Sie ihn uns nicht geben, muss der Auftrag verändert werden. In den übrigen Bereichen sind wir etwas flexibler, weil es dort nicht so klare Schwellenwerte gibt. Wenn mir Herr Ledergerber öffentlich vorgeworfen hat, wir würden verschweigen, was es kosten wird, dann hat er wahrscheinlich die Finanzpläne des Bundesrates nicht angeschaut. Wir werden uns detaillierter dazu äussern, wenn wir Ihnen das Leitbild unterbreiten. In den übrigen Bereichen müssen wir flexibel sein. Der Golfkrieg und Bangla Desh haben gezeigt, dass es plötzlich notwendig sein kann, in grossem Umfang aussenpolitisch Mittel bereitzustellen.

Im nächsten Frühjahr werden Sie, koordiniert mit dem Zivilschutz, das Armeeleitbild bekommen. Ca. 1993/94 werden die gesetzlichen Veränderungen kommen.

Bei der Information besteht das Grundproblem, dass es uns vorgeworfen wird, wenn wir im stillen Kämmerlein planen und Sie nicht informieren, bis ein Gesetzesentwurf vorliegt, dass es aber auch gleich heisst, es sei viel zu früh und nicht ausgereift, wenn wir versuchen, die Öffentlichkeit früher über den Stand unserer Arbeit zu informieren. Wir stellen fest, dass die Bevölkerung und vor allem auch Angehörige der Armee verunsichert sind. Deshalb wollen wir über die Planung der neuen Armee und über die Sicherheitspolitik informieren. Darüber kann sich Herr Dahinden noch äussern. Information ist vor allem auch ein Budgetproblem. Er möchte Mittel, die ich nicht habe. Wir müssen aber längerfristig etwas mehr investieren. Weil an der neuen Armee die Kantone, die Militärdirektoren, die Offiziersverbände, der Steuerzahler sowieso und das Parlament interessiert sind, wollen versuchen, hin und wieder breit zu informieren. Die morgige Pressekonferenz ist ein solcher Versuch. Die Militärkommissionen sind schon orientiert; wir werden nur das sagen, was diese schon wissen. Es wird bestimmt die Kritik absetzen, wir gingen zu früh an die Öffentlichkeit. Wir möchten aber vermeiden, dass die Informationen bruchstückhaft hinaus gehen. Natürlich werden wir darauf hinweisen, dass das eine oder andere Element noch verändert werden wird, wenn sich im Laufe der Planung zeigt, dass es nicht zweckmässig ist. Wir möchten neben der Planung einen permanenten Informationsprozess laufen lassen, den Sie miterleben werden und der im Parlament über das Leitbild diskutiert werden kann. Wir werden dieses in die Räte geben, obwohl wir nicht dazu gezwungen wären. Wir werden aus diesem Prozess lernen, der umgekehrt auch in der Bevölkerung das Verständnis für unsere Probleme wecken soll.

(Zu Herrn Rüesch) Wir gehen davon aus, dass die Potentiale heute nicht mehr der einzige Beurteilungsmassstab sind, dass sie aber weiterhin in der Beurteilung mitlaufen müssen. Es trifft zu, dass die Frage, ob die Armee noch eine Chance habe, abgeklärt werden muss und dass es im Bericht gesagt werden müsste, wenn man zum Schluss käme, dass sie keine mehr hat. Ich habe Mühe mit der Argumentation, es brauche erstens keine Armee mehr und zweitens hätte sie, falls es sie brauchte, keine Chance. Ich glaube, dass unsere Armee ihre Dissuasionswirkung - ausser in der Luft - absolut erfüllt. Wenn man schaut, welches Potential die Alliierten gegen die irakische Armee aufmarschieren lassen mussten, und wenn man unsere Armee mit der iraki-

schen vergleicht (ich glaube, dass unsere Armee die bessere ist), dann sieht man, dass der Eintrittspreis hoch ist. Ich bin seit dem Golfkrieg noch mehr von unserer Armee überzeugt als vorher. Vor allem, wenn wir in der Elektronik gewisse Fortschritte machen und noch etwas Luftschirm bekommen, um in die Stellungen fahren zu können. Wenn ein Gegner sich ausrechnet, wie viel er gegen uns einsetzen muss, dann wird er es sich zweimal überlegen. Der Sinn ist ja, dass, er, wenn er schon kommt, um uns herum geht und nicht in uns hinein. Es hat mich gefreut zu hören, dass unser Bericht im Ausland gut aufgenommen wurde. Auch unsere Armee wird im Ausland gut aufgenommen, viel besser als im Inland. Die Diskussionen, die wir bei uns führen, verursachen im Ausland in den einschlägigen Kreisen nur Kopfschütteln. Ich sage deshalb auch immer spasseshalber, deshalb gehe ich so gerne auf Reisen.

Heute haben Sie mir einerseits gesagt, es sei falsch, zuerst den Auftrag zu definieren und das übrige daraus abzuleiten, andererseits, es sei falsch, alles gleichzeitig zu machen, man müsse zuerst den Auftrag definieren. Das macht es mir leicht, bei meiner Philosophie zu bleiben. Es ist ein vernetzter Vorgang. Wir haben Eckwerte gesetzt, auch aus wirtschaftlichen Gründen, und hoffen, alle Elemente gemeinsam so entwickelt zu haben, dass sie nahtlos ineinander passen (Anzahl, wirtschaftliche Belastungsfähigkeit, zu investierende Mittel, Auftrag). Wobei es klar ist, dass der Auftrag nicht in einem maximalistischen Sinn gegen einen unbeschränkt mächtigen Aggressor erfüllt werden kann.

Bezüglich der Friedensdividenden teile ich die Meinung, dass diese sich in dem Sinne nicht auszahlen. Wir möchten einfach auf einem Ausgabenniveau bleiben, das auch politisch akzeptabel scheint.

Ich teile die Meinung, dass Blauhelme so schnell wie möglich eingeführt werden sollen. Aber wir wollen es natürlich solide machen. Es braucht Ausbildung und Infrastruktur etc. Wir wollen aber kein Sondergesetzverfahren. In der Schweiz herrscht gegenüber den Blauhelmen immer noch eine grosse Skepsis. Deshalb ist das Normalverfahren mit Referendumsmöglichkeit demokratisch gesehen besser.

(Zu Herrn Danioth) Ich glaube noch an den von Ihnen zitierten Satz. Das Ausland schaut, wie viele bei uns ans Feldschiessen gehen. Man glaubt noch an das Obligatorische.

Zur Aufspaltung in gute und böse Soldaten: Manchmal, wenn ich die Zeitungen lese, habe ich den Eindruck, die besten Menschen in diesem Land seien die Dienstverweigerer, weil sie die einzigen mit einem Gewissen sind. Allerdings bin ich auch nicht mehr so überzeugt von ihnen, seit ich höre, dass sie lieber vier Monate in Halbgefangenschaft verbringen, als dass sie für die Öffentlichkeit Arbeit leisten. Das ist auch ein Tatbeweis. Der Blauhelmauftrag ist ein subsidiärer Auftrag. Wir werden dazu Wehrmänner nehmen, die ihre normale Rekrutenschule absolviert haben. Sie bekommen dann eine besondere Schulung. Ich möchte bei der Anrechnung der Dienstzeit so vorgehen, dass die Blauhelmlleute nach einem Einsatz wieder in einen WK gehen müssen. Sie sollen ihr Wissen über internationale Zusammenhänge in die Armee einbringen. Sie sind nicht besser als die anderen Armeeangehörigen. Sie bringen gewisse Opfer, indem sie eine Zeit ihres Lebens freiwillig dafür hergeben. Wir werden aber alles daran setzen, dass die Tätigkeit der normalen Armee und der Hauptauftrag nicht diskriminiert werden.

Beim Katastropheneinsatz ist in Armee 95 vorgesehen, die organisatorischen und Führungsstrukturen etwas anzupassen.

(Zu Herrn Huber) Wir hatten den Eindruck, dass die strategischen Fälle zu theoretisch sind. Aus didaktischen Gründen kann man sie vielleicht noch da und dort brauchen, aber in einem solchen Bericht täuschen sie eine falsche Genauigkeit vor. Heute ist alles derart komplex und vernetzt, dass die Übergänge schwer zu definieren sind.

Mit den Sanktionen war neutralitätspolitisch jedermann einverstanden. Hätten wir aber Überflüge gestattet, hätte dies innenpolitisch zu grossen Problemen geführt. Das Element, dass es in diesem Land verschiedene Meinungen gibt und wir uns bezüglich der Neutralität nur so einigermaßen durchmausern, ist sicher vorhanden, darf aber nicht das Entscheidende für unsere zukünftigen Gedanken über die Neutralität sein.

Schluss der Sitzung um 15.45 Uhr

La séance est levée à 15 h 45

PRESSEMITTEILUNGSICHERHEITSPOLITIK

Die für die Vorberatung des bundesrätlichen Berichtes über die Sicherheitspolitik (90.061) zuständige Kommission des Ständerates tagte am 13. Mai 1991 in Bern unter dem Vorsitz von Ständerat Huber (PDC/AG) und im Beisein von Bundesrat Villiger sowie von hohen Beamten aus seinem Departement und aus dem Departement für auswärtige Angelegenheiten.

Der Bericht ist in der ersten allgemeinen Aussprache positiv aufgenommen worden. Die Kommission wird ihre Beratungen am 27. Mai 1991 fortsetzen.

3003 Bern, den 13. Mai 1991

Parlamentsdienste
Fachdienst II

COMMUNIQUE DE PRESSE

POLITIQUE DE SECURITE

La Commission du Conseil des Etats chargée d'examiner le rapport du Conseil fédéral sur la politique de sécurité (90.061) s'est réunie le 13 mai 1991 à Berne sous la présidence de M. Hans Jörg Huber, conseiller aux Etats (PDC/AG), en présence de M. le Conseiller fédéral Kaspar Villiger ainsi que de hauts fonctionnaires de son département et du département fédéral des affaires étrangères.

Lors de cette première discussion, le rapport a été très bien accueilli. La Commission poursuivra ses travaux le 27 mai 1991.

3003 Berne, le 13 mai 1991

Services du Parlement
Service de commission II